

Berichte

Das Magazin des Difu



- 4 **Standpunkt**
Ohne Wohnungsversorgung fehlt für die Integration eine wichtige Basis
- 6 **Sonderthema**
OB-Barometer 2024: Finanzen und Geflüchtete aktuell zentrale Themen
- 8 **Forschung & Publikationen**
KfW-Kommunalpanel 2024: Die finanzielle Lage verschlechtert sich
- 25 **Neue Projekte**
KI in der Smart City
- 28 **Veranstaltungen**
Der Weg zur Haltestelle – unterschätztes Potenzial für den ÖPNV

Editorial

Standpunkt

- 4 Ohne Wohnungsversorgung fehlt für die Integration eine wichtige Basis

Forschung & Publikationen

- 6 OB-Barometer 2024: Finanzen und Geflüchtete aktuell zentrale Themen
- 8 KfW-Kommunalpanel 2024: Die finanzielle Lage verschlechtert sich
- 10 Grundgesetzänderung sinnvoll für kommunalen Klimaschutz
- 11 Urbane Umweltziele durch Kenn- und Zielgrößen erreichen
- 12 Wie wirken Smart-City-Maßnahmen im Raum?
- 13 #vernetztinEuropa: Wie Smart Cities sich international vernetzen
- 15 ÖPNV-Anschluss wichtiger für Wohnstandortwahl als Pkw-Stellplatz
- 21 Innovative Kommunen und Regionen – Konzepte, Arbeitshilfen, Werkzeuge
- 22 Innenstadt (be)leben!: Modellvorhaben der Kleinstadtakademie
- 23 Unterstützung für Kommunen bei der Treibhausgasbilanzierung
- 24 Kulturarbeit in der Region verändern und stärken

Neue Projekte

- 25 KI in der Smart City
- 25 Klimaschutz in der Smart City
- 26 Leipzig nutzt Green Budgeting
- 26 Gesamtstrategie Sportinfrastruktur

Veranstaltungen

- 27 Veranstaltungsvorschau
- 28 Der Weg zur Haltestelle – unterschätztes Potenzial für den ÖPNV
- 29 Der Stadtbaum und seine Konflikte
- 30 Integration von unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich eine Gemeinschaftsaufgabe?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationsangebote/Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit dem Jahr 2015 führt das Difu das sogenannte OB-Barometer durch. Gemeinsam mit dem Wahl- und Politikforschungsinstitut infratest dimap werden die Stadtspitzen der deutschen Städte mit mehr als 50.000 Einwohner*innen danach gefragt, welche Themen für Kommunen eine besondere Bedeutung haben. Erstmals rangiert das Thema Finanzen bei der Frage nach den aktuell wichtigsten Aufgaben der eigenen Stadt an erster Stelle. Die hohe Bewertung des Finanzthemas hängt auch damit zusammen, dass das Thema „Unterkunft und Integration Geflüchteter“ für die kommunal Verantwortlichen – trotz der vereinbarten Kompensationszahlungen – finanzielle Unsicherheiten birgt. Es ist aber auch Ausdruck einer schon seit vielen Jahren diagnostizierten strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Eine wesentliche Ursache dafür dürften die im Vergleich zu den Einnahmen überproportional steigenden Sozialausgaben der Städte sein, für die die Kommunen nicht angemessen kompensiert werden – Stichwort Konnexitätsprinzip.

Um ihre Haushalte zu konsolidieren, bleibt den Kommunen häufig nur die Möglichkeit, eigentlich notwendige Investitionen zurückstellen. Den kumulierten Investitionsrückstand der deutschen Kommunen ermittelt und analysiert das Difu jedes Jahr für die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen des „KfW-Kommunalpanels“. Der neue Rekordwert von 184 Milliarden Euro zeigt, dass gerade dort, wo Investitionen zur urbanen Transformation geleistet werden müssten, gespart werden muss.

Zum aktuellen OB-Barometer und zum KfW-Kommunalpanel finden Sie in diesem Berichtemagazin die neuesten Zahlen. In der Rubrik „Standpunkt“ greifen meine Kolleginnen Dr. Beate Hollbach-Grömig und Dr. Bettina Reimann die Thematik Integration und Wohnen auf.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Ohne Wohnungsversorgung fehlt für die Integration eine wichtige Basis

Eine langfristige und eigenständige Wohnperspektive, die Privatsphäre und Sicherheit gewährleistet, ist eine wichtige Voraussetzung für Integration. Kommunen können ihren Teil dazu beitragen, wenn sie starke und motivierte Partner haben.

Fluchtzuwanderung ist ein elementarer Bestandteil unserer Migrationsgesellschaft. Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine große Zahl von Asylsuchenden und Geflüchteten aufgenommen – allein aus der Ukraine sind seit 2022 mehr als eine Million Menschen nach Deutschland geflohen. Mit über 300.000 Asylsuchenden stieg die Zuwanderung im Jahr 2023 auf den höchsten Wert seit 2016. Aktuell geht die Dynamik zurück, möglicherweise als Folge intensiverer Grenzkontrollen. Die Aufnahme von so vielen Schutzsuchenden in kurzer Zeit stellt Bund, Länder und Kommunen vor zahlreiche Herausforderungen. Dies bestätigt auch das aktuelle „OB-Barometer 2024“ des Difu. Nach Einschätzung der Stadtspitzen gehört die Frage der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden aktuell und künftig zu den größten Herausforderungen für die deutschen Kommunen. Auch die kürzlich veröffentlichte Kommunalumfrage zur Bedeutung und Situation von Ankunftsquartieren nennt Schwierigkeiten beim Übergang von der Unterbringung in den freien Wohnungsmarkt sowie Wohnungslosigkeit als größte Herausforderungen, vor denen Zugewanderte beim Thema Wohnen stehen.

Die Kommunen organisieren die Unterbringung und Versorgung Zugewanderter unterschiedlich: Nicht jede Kommune fördert die Integration Geflüchteter in den Wohnungsmarkt gleichermaßen. Auch Ankommensprozesse werden unterschiedlich intensiv unterstützt, Ankunftsquartiere mehr oder weniger akzeptiert und gestärkt. Dies hängt u. a. davon ab, ob in der Stadtgesellschaft Verteilungs- und Gerechtigkeitsdiskussionen befürchtet oder zur Stärkung des sozialen Wohnens ausgeglichen werden.

Tatsache ist, dass ein gedeihliches Zusammenleben und sozialer Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft stark vom Gelingen der Integration geflüchteter Menschen abhängen. Dabei ist die Versorgung mit ausreichendem, gutem und bezahlbarem Wohnraum wichtige Voraussetzung. Wohnen ist – neben Arbeit und (Aus-)Bildung – ein Grundpfeiler für Integration. Es geht um mehr als die reine Unterbringung der Menschen, es geht um Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben – einschließlich erforderlicher Rückzugsräume und Privatsphäre.

Auch aktuell gibt es immer noch Geflüchtete, die seit 2015 in Deutschland leben und keine Wohnung gefunden haben. Fachleute sprechen von einer „Auszugskrise“ in den Unterkünften. Es scheint eine Kluft zwischen den ambitionierten Integrations- und Wohnungsmarktpolitischen Zielen und deren Umsetzung zu geben. Beispiele in Köln, Hamburg, Berlin und Lübeck zeigen jedoch, wie im Schulterchluss mit der Wohnungswirtschaft, sozialen Trägern und Ehrenamt – sowie im Rahmen von Modellprojekten oder landeseigenen Förderprogrammen und -initiativen – der Zugang zu Wohnraum gelingen und Integration gefördert werden kann. Nicht alle Kommunen haben die dafür erforderlichen Voraussetzungen oder können notwendige Maßnahmen umsetzen. Eine große Herausforderung ist der vielerorts angespannte Wohnungsmarkt, der zu einem Mangel an bezahlbarem und bedarfsgerechten Wohnraum führt. Zudem ist es durch fehlende Informationen, Diskriminierung, Intransparenz sowie komplexe Zugangskriterien zu verschiedenen Wohnsegmenten vor allem für geflüchtete und zugewanderte Menschen schwierig, Wohnungen zu finden. Neben dem Angebotsproblem gibt es auch ein massives Zugangsproblem: So sind Aufenthaltsstatus und -dauer neben Einkommen oder Staatsangehörigkeit häufig entscheidend dafür, ob ein Anspruch auf eine geförderte Wohnung geltend gemacht werden kann. Darüber hinaus gibt es finanzielle Anforderungen, wie z.B. Kautions- und Provision, die meist nur über persönliche oder Community-Netzwerke geleistet werden können. Oft sind Geflüchtete daher beim Übergang von der Unterbringung in den privaten Wohnungsmarkt in prekären Wohnsituationen, in denen sie mit überbelegten Wohnungen, Rechtsunsicherheiten oder hohen Mietkosten zu kämpfen haben.

Dies zeigt, wie schwierig der Übergang von einer temporären Unterbringung in dauerhaftes Wohnen ist. Wohnen ist wichtig, um Integration in der Migrationsgesellschaft zum Erfolg zu bringen. Dabei sind auch Quantität, Qualität, Standards und Angemessenheit des Wohnraums zu berücksichtigen. Gleichermäßen wichtig ist der Zugang zu Wohnraum. Und es muss berücksichtigt werden, um wen es geht. Denn neben Geflüchteten oder Migrant*innen gibt es viele andere Menschen in sozial prekären Lebenssituationen.



Fotos: Difu

Dr. Beate
Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

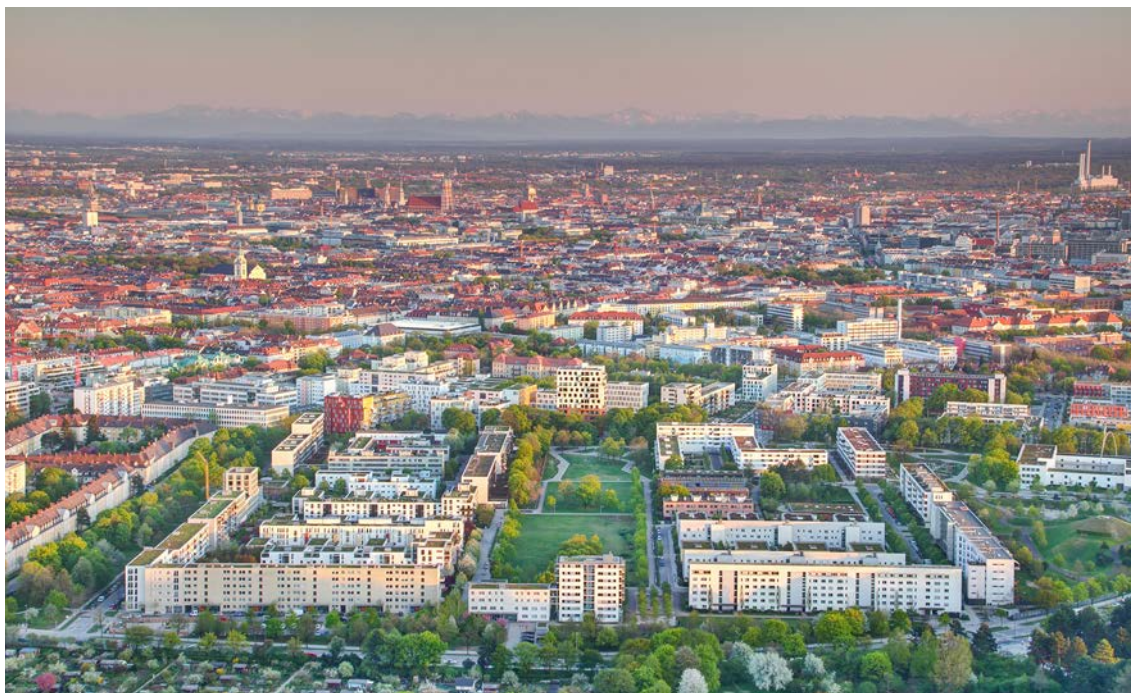


Foto: Adobe Stock, nogreenabove2k

Initiativen und Maßnahmen für soziales, bezahlbares Wohnen müssen die verschiedenen Bedarfe unterschiedlicher benachteiligter Gruppen kennen und berücksichtigen, zwischen diesen abwägen sowie Konkurrenz und Exklusion vermeiden. Es geht nicht (primär) darum, spezielle Wohnungen für Geflüchtete zu schaffen – im Gegenteil, das würde in der Migrationsgesellschaft ein Gerechtigkeits- und Verteilungsproblem schaffen und die ohnehin schwierige Debatte weiter anheizen.

Was können Kommunen tun, die besonders gefordert sind, wenn es darum geht, Wohnraum bereitzustellen und Zugänge zu erleichtern? Sie benötigen Zugang zu Grundstücken, um bezahlbaren Wohnraum für alle – auch für Geflüchtete – bereitzustellen zu können. Da die Wohnungsversorgung Geflüchteter eine Gemeinschaftsaufgabe aller Akteur*innen des Wohnungsmarkts ist, geht es darum, Allianzen und Bündnisse aufzubauen oder zu stärken, insbesondere mit der Wohnungswirtschaft. Um die Integrationskraft des Wohnens zu stärken, braucht es zudem Brücken in die Stadtgesellschaft. Soziale Träger und Ehrenamt leisten Enormes beim Aufbau und der Umsetzung der für den Wohnraumzugang erforderlichen Unterstützungsleistungen. Alle zusammen benötigen Energie für den Sprint, um kurzfristig Lösungswege zu eröffnen sowie einen langen Atem für den erforderlichen Marathon der dauerhaften Wohnraumversorgung. Das Handeln angesichts dynamischer Prozesse und lückenhafter Datengrundlagen ist und bleibt eine Herausforderung. Eine stärkere Zusammenarbeit verschiedener Ressorts auf kommunaler und föderaler Ebene – Wohnen, Integration, Stadtentwicklung – ist gefordert.

Notwendig ist nicht zuletzt eine Veränderung von Denkweisen. Viele Vermietende haben Vorbehalte: Sind Geflüchtete gute Mieter? Sind sie solvent und vertrauenswürdig? Wie gehen sie mit der Wohnung um? Hier können öffentliche Antidiskriminierungsinitiativen rechtliche Informationen und Unterstützung sowohl für die Zielgruppe anbieten als auch Vermietende sensibilisieren. Ein Dialog zwischen Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Forschung, NGOs und Interessengruppen schafft Räume, um über aktuelle Praktiken zu diskutieren, neue Allianzen zu bilden und alternative Handlungswege für eine inklusivere Wohnpolitik zu fördern. In Hamburg kann sich beispielsweise jede Person, die eine sichere Aufenthaltsgenehmigung für mehr als sechs Monate besitzt, um eine Wohnung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA bewerben. In Wien schließt die städtische Wohnungsbaugesellschaft Wiener Wohnen mit NGOs Mietverträge ab. Die Wohnungen im gemeinnützigen Wohnungsbau werden jahresweise an Geflüchtete untervermietet. Anschließend können die Bewohner*innen einen unbefristeten Vertrag abschließen.

Die Anerkennung Geflüchteter als Mieter*innen sollte auch Hand in Hand damit gehen, Partizipation zu ermöglichen: Das Leben in „Übergangssituationen“ ist oft von langer Dauer. Geflüchtete sollten an Entscheidungen über ihre Wohnsituation mindestens beteiligt werden. Dies kann auch bewirken, dass Wohnbedürfnisse der Geflüchteten besser eingeschätzt werden können. Auf der Basis können Angebote, z.B. für Familien oder junge Menschen, angepasst und so die Chancen für eine erfolgreiche Integration erhöht werden.

zum Weiterlesen

Teilhabe in „neuen“
Ankunftsquartieren stärken
➔ www.difu.de/17952

„Zusammenhalt braucht
Räume“ – integratives
Wohnen mit Zuwanderern
➔ www.difu.de/11576

Inclusive Housing Politics.
Housing is the beginning.
Difu-Teilprojekt: Governance
für Wohnen
➔ www.difu.de/16403

OB-Barometer 2024
➔ www.difu.de/18419

Kommunales Integrations-
monitoring
➔ www.difu.de/16402

Zuwanderung und Integ-
ration von Geflüchteten in
Kommunen
➔ www.difu.de/11667

OB-Barometer 2024: Finanzen und Geflüchtete aktuell zentrale Themen

Laut OB-Barometer 2024 des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) sind die Themen „Finanzen“ und „Geflüchtete“ aktuell die größten Herausforderungen, dicht gefolgt von „Wohnen“. Klimathematik bleibt mit Abstand wichtigstes Zukunftsthema für Kommunen.



Fotos: Difu



Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) wird seit 2015 jährlich veröffentlicht. Befragt werden (Ober-)Bürgermeister*innen deutscher Städte ab 50.000 Einwohner*innen. Ziel ist es, über die Einschätzungen der Stadtspitzen frühzeitig Veränderungen in kommunalen Handlungsfeldern sichtbar zu machen. Die diesjährigen Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die zwischen Januar und März 2024 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Auftrag des Difu durchgeführt wurde. Fast drei Viertel der eingeladenen (Ober-)Bürgermeister*innen beteiligten sich an der repräsentativen Befragung.

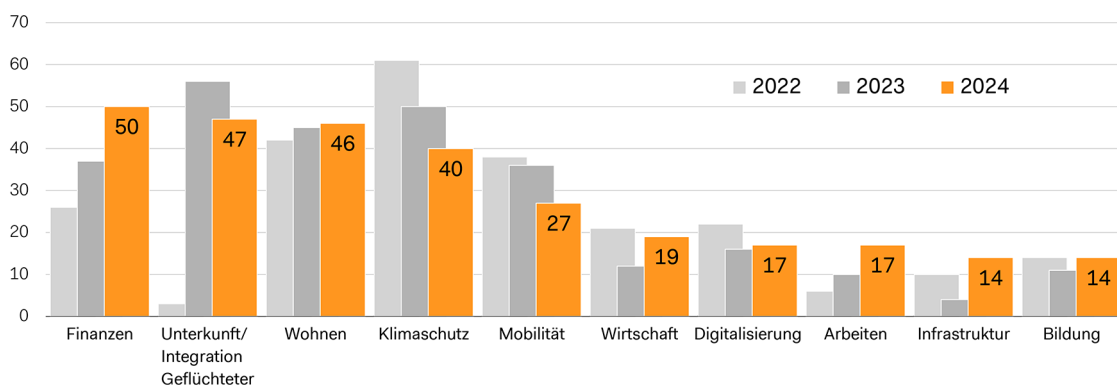
2024 haben sich die Rahmenbedingungen auf der kommunalen Ebene weiterhin nicht grundlegend verändert. Kommunen müssen mit verschiedenen krisenhaften Entwicklungen gleichzeitig umgehen. Als aktuell für die eigene Stadt wichtigstes Handlungsfeld nennen 50 Prozent der Stadtspitzen – erstmals seit Start des OB-Barometers 2015 – das Thema „Finanzen“. Stichworte sind „Finanzlage“, „Haushaltskonsolidierung“, „Inflation“, „Investitionen“. Als zweite aktuell wichtige Thematik werden Fragen der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen mit 47 Prozent eingeschätzt, dicht gefolgt vom Thema Wohnungsbau und Schaffung bezahlbaren Wohnraums mit

46 Prozent. Klimaschutz bzw. Klimaanpassung – von den OBs diesmal auch mit den aktuellen Aufgaben wie Energiepolitik und Wärmewende verknüpft – nennen 40 Prozent der Stadtspitzen als aktuell dringend. Diese Handlungsfelder sind alle mit finanziellen Herausforderungen verbunden. Alle anderen Handlungsfelder folgen mit deutlichem Abstand: Aufgaben der Mobilitätswende (27 Prozent), Stärkung der Wirtschaft (19 Prozent), Digitalisierung (17 Prozent), Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts (14 Prozent). Häufiger als in den Vorjahren nennen die Stadtspitzen mit 17 Prozent die Aufgabe, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Das Thema gewinnt also auch in den Kommunalverwaltungen an Dringlichkeit.

Lässt man die Stadtspitzen in die Zukunft blicken und fragt nach den aus ihrer Sicht künftig wichtigsten Aufgaben, so rückt mit 57 Prozent das Thema Klimaschutz/Klimaanpassung, das seit 2020 die kommunalen Zukunftsthemen anführt, wieder ganz nach vorn. Deutlich mehr OBs als in den Vorjahren nennen bei der aktuellen Befragung mit 45 Prozent auch Finanzfragen als wichtiges Zukunftsthema. Die Finanzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen, steigende Ausgaben und geringere Einnahmen werden in den nächsten Jahren strittige Themen bleiben. Auch das Flüchtlingsthema wird auf der Agenda

Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt (TOP 10)?

„Der größte Handlungsbedarf meiner Stadt liegt bei den Themen Finanzen, Unterkunft/Integration Geflüchteter, Wohnen und Klimaschutz.“



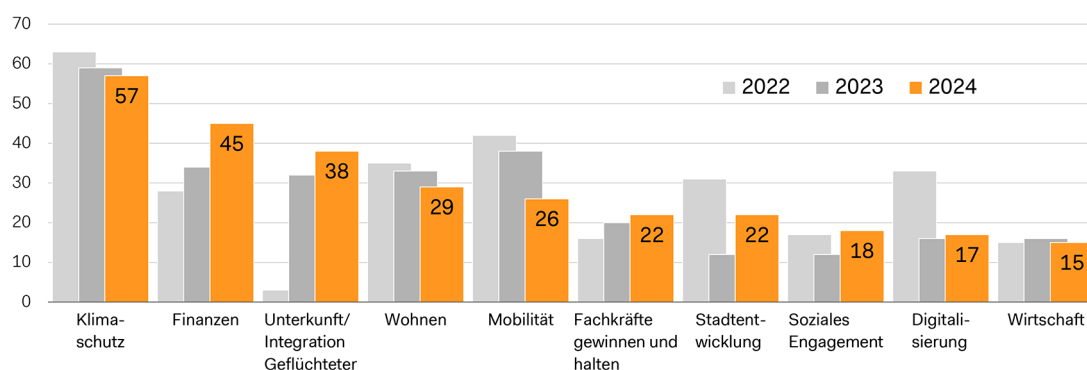
Welche Aufgaben sind aktuell die wichtigsten in der eigenen Stadt?

Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgabe, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: OB-Barometer 2024

Welche Themen werden künftig für die Städte an Bedeutung gewinnen (TOP 10)?

„Klimaschutz, Finanzen und Unterkunft/Integration Geflüchteter sind die wichtigen Zukunftsthemen.“



Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgabe, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: OB-Barometer 2024



Welche Themen werden in Zukunft für die Städte in Deutschland an Bedeutung gewinnen?

bleiben – 38 Prozent der Stadtspitzen sehen die Aufnahme, Unterbringung und Integration als kommunale Daueraufgabe. Ähnliches gilt für das Handlungsfeld „Wohnen“, das wichtig bleiben wird, im Vergleich zu den Vorjahren mit 29 Prozent jedoch etwas an Bedeutung verliert.

Bei der Frage nach „krisenbedingten Herausforderungen“ wurden den Stadtspitzen verschiedene Aspekte genannt, zu denen sie sich mit Blick auf die Bedeutung für die eigene Stadt positionieren sollten: „Investitionen für Klimaschutz und Klimaanpassung“ stehen mit 89 Prozent auf Platz 1, dicht gefolgt von „Notwendigkeiten einer Transformation der Innenstädte“ mit 88 Prozent und mit gleicher Prozentzahl dem „Investitionsbedarf durch die Mobilitätswende“, der fraglos Bezüge zu Innenstadtgestaltung und Klimaanpassung hat. Auch die Anforderungen durch das Gebäudeenergiegesetz – u.a. Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung – hängen eng mit dem Handlungsfeld Klimaschutz und -anpassung zusammen. Danach folgen Herausforderungen durch die Unterbringung von Geflüchteten mit 82 Prozent, die mit einer hohen Belastung der Ausländerbehörden – 73 Prozent – korrespondieren.

Alle diese Herausforderungen der Kommunalpolitik erfordern erhebliche Ausgaben/Investitionen auf kommunaler Seite. Dies erklärt, warum „Finanzen“ in diesem Jahr von den Kommunen als das wichtigste Thema für die eigene Stadt aufgerufen wird. Und es ist sicher auch mit ein Grund dafür, dass 2024 die Finanzpolitik der Bereich ist, in dem die Stadtspitzen am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern. Fast ebenso wichtig ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Flüchtlingspolitik: 95 Prozent nennen sie „sehr wichtig“

oder „wichtig“. Städte und Gemeinden sind bei der Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen vielerorts an Belastungsgrenzen angelangt und werden auch in den kommenden Jahren weiter gefordert sein.

Daher halten auch 89 Prozent der Stadtspitzen Verbesserungen der Rahmenbedingungen durch Länder, Bund, EU beim Wohnen für Geflüchtete – und bezahlbarem Wohnen für alle Bevölkerungsgruppen – für „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Mit 81 Prozent nennen deutlich mehr OBs als in den Vorjahren 2024 das Thema „Wirtschaftspolitik“ als Bereich, in dem Länder und Bund bessere Rahmenbedingungen schaffen müssen. Die Kommunen sehen sich selbst stark in der Verantwortung, benötigen jedoch Rahmenbedingungen, die den Standort Deutschland insgesamt attraktiver machen – Bürokratieabbau, Energiepreise, Steuerbelastung sind nur einige Stichworte.

Im Kern bestimmen also die Handlungsfelder Geflüchtete, Klima und Wohnen die kommunale Agenda, aktuell und künftig. Das InnenstadttHEMA hat in der diesjährigen Befragung wieder an Bedeutung gewonnen. Daran hat sicherlich die aktuelle Situation beim Warenhauskonzern Galeria ihren Anteil, weitere Kaufhäuser werden schließen und große Immobilien stehen leer und zur Nachnutzung. All dies sind Aufgaben, die hohe Ausgaben erfordern. Aus ihnen begründet sich in erheblichen Teilen die große Bedeutung des Themas Finanzen, die auch künftig bestehen bleiben wird. Von diesen Herausforderungen sind alle Kommunen betroffen, die Einschätzungen und Bewertungen der OBs der aktuellen Situation in den Städten unterscheiden sich 2024 – und dies ist überraschend – kaum zwischen den Bundesländern oder Städten unterschiedlicher Größe.



www.difu.de/18419
www.difu.de/12580

KfW-Kommunalpanel 2024: Die finanzielle Lage verschlechtert sich

Laut der aktuellen Difu-Kommunalbefragung für die KfW hat sich die Stimmung in Deutschlands Kommunen deutlich verschlechtert. Der Investitionsrückstand 2023 ist mit 186,1 Mrd. Euro stärker als in den Vorjahren angestiegen.

Das Jahr 2023 hat für die Kommunen in Deutschland zu einer weiteren Anspannung ihrer finanziellen Lage geführt. Wesentliche Ursache hierfür war die Ausgabensituation, getrieben durch gestiegene Sozial- und Personalausgaben. Dahinter stehen zum Beispiel die kostenaufwändige Unterbringung und Integration Geflüchteter oder auch die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. Eine große Rolle spielte aber auch die hohe Inflation im Jahr 2023. Analog dazu stieg auch die kommunale Verschuldung wieder an.

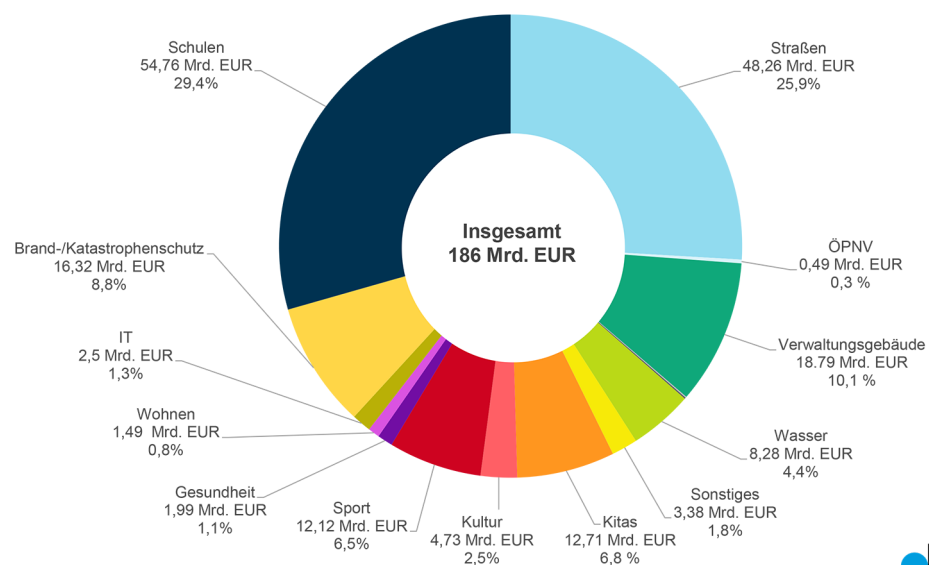
Das aktuelle, im Auftrag der KfW vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführte KfW-Kommunalpanel 2024 verdeutlicht, dass diese Entwicklung zu erheblicher Besorgnis in den Kammereien führte. Angesichts dieser Gesamtsituation bewerteten 58 Prozent der Kommunen ihre aktuelle Finanzlage im letzten Jahr als bestenfalls „ausreichend“. Mit Blick auf die kommenden Jahre erwarten sogar knapp 90 Prozent der Kommunen eine negative Entwicklung. „Die Studie zeigt, dass aktuell neun von zehn Kammereien mit finanziellen Sorgen in die Zukunft blicken“, so Difu-Projektleiter Dr. Christian Raffer. Die Bewertung der aktuellen und künftigen Finanzlage folgt damit

einem Negativtrend, der bereits seit Längerem zu beobachten ist: Der Anteil der Kommunen, die ihre gegenwärtige finanzielle Lage als schlecht bezeichnen, stieg seit 2018 kontinuierlich an.

Gleichzeitig traf die kommunale Investitionstätigkeit 2023 auf ein eher schwaches Wachstum: Die geplanten Investitionen sind nach dem aktuellen KfW-Kommunalpanel im Jahr 2023 leicht auf 43 Mrd. EUR gestiegen (Vorjahr: 41,3 Mrd. EUR). Die größten Anteile dieser Summe entfielen mit jeweils rund einem Viertel auf Schulen und Straßen. In der Investitionsplanung für das Jahr 2023 gehen die Kommunen trotz der finanziellen Planungsrisiken weiterhin von einem leichten Anstieg auf 45 Mrd. EUR aus. Jedoch zeigen die Befragungsergebnisse für das zurückliegende Jahr erneut, dass rund ein Drittel aller geplanten Investitionen nicht realisiert werden. Angesichts der stark gestiegenen Baupreise muss davon ausgegangen werden, dass mit dem Anstieg der kommunalen Investitionsplanungen nicht unbedingt mehr Investitionen in die Infrastruktur getätigt werden.

Der kommunale Investitionsrückstand stieg im vergangenen Jahr allerdings stärker an als in den

Wahrgenommener Investitionsrückstand 2023



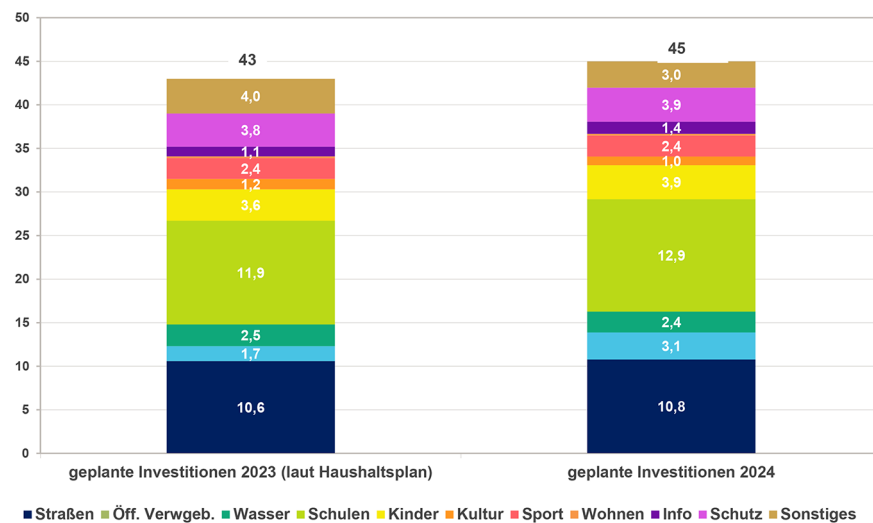
Quelle: KfW-Kommunalpanel 2023

www.difu.de/18391

Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Geplante Investitionen 2023 und 2024 (in Mrd. Euro)



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2023



Vorjahren. Im Jahr 2023 betrug er 186,1 Mrd. EUR – rund 20,5 Mrd. EUR mehr als noch im Jahr 2022. Dieser Trend ist überwiegend auf die Baupreientwicklung der jüngeren Vergangenheit zurückzuführen. Die wesentlichen Anstiege sind in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, Schulgebäude und Infrastruktur für Brand- und Katastrophenschutz zu verzeichnen.

Um genaueres Wissen über die kommunale Investitionstätigkeit zu erhalten, wurde in der Befragung erstmals eine größere Zahl potenzieller Investitionshemmnisse mit Blick auf ihre möglichen Auswirkungen erhoben. Die Ergebnisse zeigen, dass in mehr als der Hälfte der Kommunen eigentlich notwendige Projekte aufgrund fehlender Eigenmittel nicht durchgeführt werden. Gleich mehrere Ursachen sind zudem dafür verantwortlich, dass sich Investitionen regelmäßig erheblich verzögern. Dazu zählen Liefer- und Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft, komplexe Genehmigungs- und Vergabeverfahren, aber auch die oft langwierige Bearbeitung von Förderanträgen sowie Personalmangel in der Bauverwaltung. „Gerade in Zeiten, in denen das Geld fehlt, um das Niveau der kommunalen Investitionen zu steigern, spielen solche nicht-monetäre Investitionshemmnisse eine besondere Rolle“, kommentiert Prof. Dr. Carsten Kühl, wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik. „Der Blick muss darum auch in Richtung weniger bürokratischer und stärker digitalisierter Planungsverfahren gehen, damit die Investitionen, für die Geld vorhanden ist, wenigstens zeitnah umgesetzt werden können.“

Als Sonderthema des diesjährigen KfW-Kommunalpanels wurden kommunale Investitionen in Verwaltungsgebäude in den Blick genommen. Auf sie entfällt seit Jahren ein relativ hoher Anteil des kommunalen Investitionsrückstands. Die Difu-Analyse offenbarte nicht nur, dass der Zustand von Verwaltungsgebäuden in der Kommunalpolitik in der Regel keine hohe Priorität besitzt. Sie dokumentiert auch, dass gerade in den Bereichen, die mit dem energetischen Zustand der Gebäude zusammenhängen, besonders hohe Investitionsbedarfe bestehen. „Der Zustand von Rathäusern und Landratsämtern wird in der öffentlichen Debatte um Investitionsbedarfe gerne übersehen“, sagt Dr. Christian Raffer, Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik. „Das ist ein Problem, weil sich der Zustand der Büros auch auf die Arbeitsmotivation der Verwaltungsmitarbeitenden oder auf die Fachkräftegewinnung auswirkt.“ Angesichts des demografischen Wandels und des schon heute deutlich spürbaren Fachkräftemangels könne sich die Verwaltung das eigentlich nicht mehr leisten.

Datengrundlage

Das KfW-Kommunalpanel wird seit 2009 jährlich im Auftrag der KfW vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erhoben. Kernpunkte der repräsentativen Befragung der Kämmerereien in kreisfreien Städten, Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohner*innen sind die kommunale Finanzlage, die Investitionstätigkeit und deren Finanzierung. Die Hauptbefragung für das aktuelle KfW-Kommunalpanel, an der sich 799 Kommunen beteiligten, lief von September bis November 2023.

Grundgesetzänderung sinnvoll für kommunalen Klimaschutz

Difu-Studie im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland empfiehlt verfassungsrechtliche Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen, da dies zahlreiche Vorteile gegenüber der Umverteilung von Umsatzsteuereinnahmen hat.

Sanierte Schulen und öffentliche Gebäude, sichere Radwege, ein zuverlässiger und barrierefreier ÖPNV: Vor Ort in den Kommunen wird Klimaschutz konkret. Doch den Kommunen fehlen Geld und Personal, um all diese wichtigen Maßnahmen umzusetzen. Der bestehende Investitionsstau ist bereits groß und jährlich werden weitere Milliarden benötigt. Wie können Bund und Länder die Kommunen unterstützen?

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland untersucht, wie die für den Klimaschutz nötigen Gelder ziel- und wirkungsorientiert an die Kommunen verteilt werden können. Die Studie wägt dazu zwei Konzepte gegeneinander ab: Die Einführung einer neuen „Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz“ im Grundgesetz sowie die Umverteilung von Umsatzsteuereinnahmen zugunsten der Kommunen.

Da für die Gemeinschaftsaufgabe das Grundgesetz mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament geändert werden müsste, erscheint die Umsatzsteuerlösung als einfache Gesetzesänderung auf den ersten Blick attraktiv.

Die Untersuchung des Difu zeigt jedoch: Die Gemeinschaftsaufgabe ist der Umsatzsteuerumverteilung klar vorzuziehen. Denn mit der Gemeinschaftsaufgabe können die finanziellen Mittel effizient und flexibel dort eingesetzt werden, wo Investitionen in den Klimaschutz nötig sind und die meisten Wirkungen erzielen. Zudem besteht mit der Gemeinschaftsaufgabe die Möglichkeit, finanzschwache Kommunen gezielt zu unterstützen. Die Umverteilung der Umsatzsteuer hingegen wird nach starren Quoten geregelt und folgt damit eher dem Gießkannenprinzip. Eine neue Gemeinschaftsaufgabe bietet zudem als weiteren Vorteil die Möglichkeit, die sehr hohe Zahl an komplizierten Förderprogrammen in die Gemeinschaftsaufgabe zu überführen.

Die Studie verdeutlicht, dass mit der Gemeinschaftsaufgabe die Klimaschutzaufgaben der Kommunen effizienter und verlässlicher finanziert werden können. Die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen als Gemeinschaftsaufgabe ist die Lösung, mit der Bund, Länder und Kommunen Klimaschutz gemeinsam vor Ort effektiv und gezielt umsetzen können.



www.difu.de/18406



Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Urbane Umweltziele durch Kenn- und Zielgrößen erreichen

Das Difu erarbeitete für das Umweltbundesamt Kenn- und Zielgrößen für eine umweltbezogene Stadtentwicklung. Die Empfehlungen unterstützen Kommunen, Bund und Länder, geeignete Maßnahmen für einen umfassenden urbanen Umweltschutz zu entwickeln.



Foto: Adobe Stock, PhotoChur

Mit welchen Kenn- und Zielgrößen kann eine umweltbezogene Stadtentwicklung gesteuert werden und welche Maßnahmen sind notwendig, um bestimmte urbane Umweltziele zu erreichen? Diesen und weiteren Fragen ging das Deutsche Institut für Urbanistik – anknüpfend an die Forschungsagenda zum „Urbanen Umweltschutz“ des Umweltbundesamts – im Projekt „Urbane Umweltziele“ nach. Das Difu-Forschungsteam entwickelte ein Set von acht Kenn- und Zielgrößen, die sich auf folgende Handlungsfelder beziehen: urbanes Grün, Ressourcen und Stoffströme, Fläche, Mobilität, Klimaschutz und Energie, klimaangepasste Stadtentwicklung, Immissionsschutz und Umweltgerechtigkeit.

Das Set der Kenn- und Zielgrößen reflektiert die Gesamtheit qualitativ formulierter Zielsetzungen, quantitativer Kenn- und Zielgrößen, potenzieller Zielkonflikte – in und zwischen Handlungsfeldern – sowie Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung.

Für ausgewählte Kenngrößen wurden Zielgrößen bestimmt, die statistisch und qualitativ geprüft sowie anhand von drei Beispielstädten validiert wurden. Zwischen den Kenn- und Zielgrößen bestehen vielfältige Wechselwirkungen. Daher müssen Konzepte, Planungen und Maßnahmen an der Schnittstelle von Umweltschutz und Stadtentwicklung im Zusammenhang betrachtet und aufeinander abgestimmt entwickelt und umgesetzt

werden. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Zielgröße Umweltgerechtigkeit ein, die eng an die Zielgrößen „Grünerreichbarkeit“, „Überwärmungsgebiete“ sowie „Lärmbelastung“ anknüpft. Mit Blick auf die soziale und gesundheitliche Lage in den Städten sollten diese letztgenannten drei Zielgrößen prioritär in benachteiligten bzw. einfachen Wohnlagen umgesetzt werden, soweit hier im gesamtstädtischen Vergleich eine unterdurchschnittliche Versorgung (öffentliches Grün) bzw. überdurchschnittliche Belastung (Überwärmung, Lärm) besteht.

Die Kenn- und Zielgrößen folgen dem Anspruch, den urbanen Umweltschutz in Form thematischer Handlungsfelder einzugrenzen und in Zielgrößen abzubilden. Zugleich sind sie ambitioniert, visionär und besitzen einen engen Umsetzungsbezug.

Damit setzen die vorgeschlagenen Zielgrößen Orientierungsmarken für Akteur*innen in Politik und Verwaltung auf den verschiedenen föderalen und räumlichen Ebenen sowie in Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Darüber hinaus sollen sie zur Bestimmung eigener, orts- und bedarfsspezifischer Zielgrößen anregen.

Die Publikation „Urbane Umweltziele: Handlungsfelder, Zielgrößen und Maßnahmenvorschläge für einen umfassenden urbanen Umweltschutz“ steht online zur Verfügung.



www.difu.de/18400
www.difu.de/12091



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de

Wie wirken Smart-City-Maßnahmen im Raum?

Eine neue Difu-Studie bietet Methoden zur räumlichen Wirkungsmessung von Smart-City-Maßnahmen. Sie unterstützt Kommunen dabei, die Wirkungen solcher Maßnahmen frühzeitig abzuschätzen und deren Auswirkungen auf den Stadtraum zu bewerten.

Deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise nutzen zunehmend die Möglichkeiten der Digitalisierung, um ihre Kommune lebenswerter und nachhaltiger zu gestalten. Sie beschreiten dabei häufig das sprichwörtliche „Neuland“, experimentieren mit digitalen Lösungen oder erproben in Modellquartieren, was womöglich auf andere Stadtteile und Kommunen übertragen werden kann.

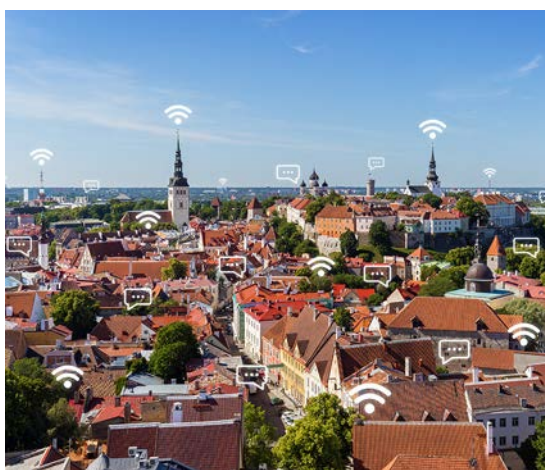


Foto: Adobe Stock, tuomaslehtinen

Kommunen, die Digitalisierungsmaßnahmen in der Stadtentwicklung planen, sollten wissen, welche Wirkungen sie mit ihren Smart-City-Maßnahmen erzielen – insbesondere, welche Wirkungen im Stadtraum entstehen. Es gilt, sich als Kommune grundsätzlich zu fragen: Lohnen sich spezifische Maßnahmen der Smart City? Haben sie den gewünschten Effekt auf die Stadt und den öffentlichen Raum? Könnte eine Maßnahme angepasst und weiterentwickelt werden, um ihr Ziel noch besser zu erreichen? Rechtfertigt das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis, Smart-City-Maßnahmen weiter auszurollen oder gilt es, nur den Lerneffekt „mitzunehmen“ und ein Experiment nicht weiter zu verfolgen? Bei der Beantwortung dieser Fragen hilft eine systematisch verankerte Wirkungsanalyse von Smart-City-Maßnahmen.

Gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO hat das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung eine Praxishilfe für Kommunen erarbeitet, die hilft, räumliche Wirkungen von Smart-City-Maßnahmen zu erfassen. Sie ist als schrittweise

Anleitung konzipiert: Mit einem Vorgehensmodell der Veränderungs- und Wirkungsmessung sowie einer Methodensammlung unterstützt sie Kommunen dabei, Smart-City-Strategien zu entwickeln und solche Maßnahmen in der Stadt oder Gemeinde umzusetzen. Die Veröffentlichung hilft,

- übergeordnete, raumwirksame Ziele in kommunalen Digitalstrategien so zu konkretisieren, dass sie messbar und bewertbar sind,
- Smart-City-Maßnahmen abzuleiten, die einen Beitrag zu kommunalen Entwicklungszielen leisten können,
- räumliche Wirkungen bereits im Vorfeld der Umsetzung von Smart-City-Maßnahmen abzuschätzen,
- Schlüsselindikatoren zu definieren und Daten zu erheben, um die Zielerreichung zu prüfen,
- die eigentliche Wirkungsmessung durchzuführen und die Raumwirksamkeit einzelner Smart-City-Maßnahmen zu bewerten.

Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung führt von den strategischen Zielen der kommunalen Smart-City-Entwicklung über die Entwicklung einzelner Smart-City-Maßnahmen und deren Zielen bis zur Indikatorenbildung. Auch werden die einzelnen Schritte der Datenerhebung sowie der Bewertung der Maßnahmen und ihrer Wirkungen beleuchtet. Drei Praxisfälle zeigen das Vorgehen zur Messung räumlicher Wirkungen von Smart-City-Maßnahmen. Diese ist wichtig und sollte als langfristige Aufgabe in den Kommunen verankert werden, wenn mit Hilfe der Smart City nachhaltig Mehrwert für Stadt und Bewohnende geschaffen werden soll. Aufbereitete Methoden unterstützen bei der Umsetzung der Wirkungsmessung in den verschiedenen Arbeitsschritten.

Im Fokus stehen raumwirksame Ziele und Wirkungen. Digitale oder analoge Maßnahmen sind kein Selbstzweck. Sie werden umgesetzt, um vorab definierte stadtentwicklungspolitische Ziele zu erreichen. Die Messung räumlicher Wirkungen in einer Smart City kann dazu beitragen, einzelne Maßnahmen effektiver zu machen, Innovationen zu fördern und evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen.



www.difu.de/18453



Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de

#vernetzteinEuropa: Wie Smart Cities sich international vernetzen

Neue Studie des Difu für das BBSR bietet systematischen Überblick über die existierenden Netzwerke, die zwischen deutschen Kommunen und deren Partnern in den Ländern der EU gegründet wurden. Ein Schwerpunkt gilt dabei der Smart City.

In den vergangenen Jahren haben Vernetzungsaktivitäten in den Themenfeldern „Digitalisierung“ und „Smart City“ stark an Bedeutung gewonnen. Hintergrund ist der auf Seiten der Kommunen bestehende große Bedarf an Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch. Zugleich besteht im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung ein übergeordnetes politisches Interesse, die Kommunen bei der digitalen Transformation zu unterstützen. Doch auch Technologieanbieter haben die Notwendigkeit erkannt, sich mit den Aufgaben von kommunaler Politik und Verwaltung auseinanderzusetzen, um passende Angebote unterbreiten zu können.

Bisher gab es keinen systematischen Überblick über bestehende Netzwerke. Daher wurde mit dem Projekt „#vernetzteinEuropa“ eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Neben Netzwerken zwischen deutschen Kommunen und deren Partner*innen in EU-Ländern, die den Schwerpunkt der Untersuchung bildeten, wurden auch nationale Netzwerke sowie internationale Kooperationen erfasst.

Die Studie zeigt, dass die Gründungsinitiative entscheidend dafür ist, wie ein Netzwerk organisiert, finanziert und strukturiert ist. Nach Gründungsart lassen sich Top-down- und Bottom-up-Netzwerke unterscheiden. Die Top-down-Netzwerke werden auf nationaler Ebene von Bundesministerien und auf europäischer Ebene von der Europäischen Kommission angestoßen. Sie sind ein Instrument, das die Umsetzung politischer Agenden unterstützt.

Innerhalb der Top-down-Netzwerke lassen sich drei besondere Typen identifizieren: Netzwerke, die eine größere Initiative repräsentieren. Diese nehmen die Funktion einer fachlichen Plattform ein, unter deren Dach viele Aktivitäten stattfinden. Beispiele sind die Umsetzung programmegoher Förderprojekte und Begleitforschung, die Aufbereitung und Weitergabe von Fachwissen sowie Weiterbildungsangebote. Ein weiterer Netzwerktyp ist dadurch gekennzeichnet, dass das es jeweils an ein spezifisches Förderprogramm angegliedert ist. In diesem Fall nehmen die Netzwerke eine „Dachfunktion“ ein und bieten Kommunen und Akteuren, die Projekte und Maßnahmen im Rahmen des gleichen Förderprogramms umsetzen, die Möglichkeit, einschlägige Erfahrungen

auszutauschen und voneinander zu lernen. Auf diese Weise soll die Umsetzung der Projekte und Maßnahmen sowie die Erreichung der jeweiligen Förderziele unterstützt werden. Des Weiteren sind Städtenetzwerke zu nennen, die als Bedingung für eine Programmförderung aufgesetzt werden. Solche Netzwerke sind an die Laufzeit der Projekte gebunden.

Die Gründung von Bottom-up-Netzwerken erfolgt oft über bestehende lose und informelle Kooperationen, die über die Gründung des Netzwerks formalisiert werden. So gibt es beispielsweise Netzwerke, die eine Art Dachverband für Akteure



Foto: Adobe Stock, vegefox.com

einer gleichen Interessengruppe bilden, um Ziele und Interessen zu bündeln und diese nach außen zu tragen. Daneben gibt es eine Gruppe von Netzwerken, die von Verbänden oder einer Forschungsinstitution gegründet wurden, um innerhalb der jeweiligen Organisation eine eigene Plattform für fachlichen Austausch oder Begleitforschung anbieten zu können. Zusätzlich zu diesen beiden Typausprägungen zählt zu den Bottom-up-Netzwerken der freiwillige Austausch zwischen Projekten eines Förderprogramms.

Der Bericht entstand im Projekt „Smart Cities befähigen – Handlungsansätze zur europäischen Vernetzung (#vernetzteinEuropa)“, das am BBSR in Kooperation mit dem Difu umgesetzt und vom BMWSB beauftragt wurde. Im Fokus stand die strukturierte Unterstützung der Beteiligung der Kommunen an europäischen Netzwerken, Projekten und Initiativen der digitalen Transformation.



www.difu.de/18377



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



ÖPNV-Anschluss wichtiger für Wohnstandortwahl als Pkw-Stellplatz

Das Difu untersuchte gemeinsam mit der TU Dortmund in einer Studie für das Bundesministerium für Bildung und Forschung, wie das Mobilitätsangebot am Wohnort die Alltagsmobilität beeinflusst und welche Kriterien die Wahl des Wohnstandorts bestimmen.

Welchen Einfluss haben Mobilitätsangebote und Siedlungsstruktur auf die Alltagsmobilität der Bewohnerschaft? Und wie wirken sich Mobilitätsbedarf und Mobilitätsanforderungen der Menschen auf die Wahl ihres Wohnstandortes aus? Diesen und weiteren Fragen ging das Difu gemeinsam mit der TU Dortmund in einer Studie für das BMBF nach, deren Ergebnisse nun veröffentlicht vorliegen.



Die Studienergebnisse zeigen, dass – anders als vielfach vermutet – ein guter Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel bei der Wohnstandortwahl eine größere Rolle spielt, als die Verfügbarkeit eines Pkw-Stellplatzes. Dem ÖPNV kommt damit eine Schlüsselrolle in der Siedlungsentwicklung zu.

Viele Haushalte möchten nachhaltig mobil sein, sehen jedoch ein gutes ÖPNV-Angebot als unabdingbare Voraussetzung dafür an. Oft finden jedoch Haushalte mit Präferenzen für den Umweltverbund keine Wohnangebote, die diesen Mobilitätswünschen entsprechen. Für diese Nachfrage nach gut angebundenen, autoreduzierten Neubauvierteln könnte sich ein Umsteuern bei Kommunen und in der Wohnungswirtschaft also lohnen.

Für Haushalte, die bereits für den Umzug ins (weitere) Umland offen sind, ist das Homeoffice ein zusätzliches Argument, die Wohnungssuche in eine größere Entfernung zum Arbeitsort auszudehnen. Für Haushalte, die das urbane Leben bevorzugen, jedoch auch im Homeoffice arbeiten wollen, ist die nicht ausreichende Wohnungsgröße – mangelndes Arbeitszimmer – ein zunehmendes Problem.

Insgesamt gesehen können durch das vermehrte Arbeiten im Homeoffice auf dem Land daher zwar Wege eingespart werden, da die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes als Standortkriterium an Bedeutung verliert. Gleichzeitig führt dies nach dem Umzug jedoch zu einer Zunahme des Pendelverkehrs bzw. der insgesamt zurückgelegten Distanzen. Zudem führt der Wunsch nach mehr Homeoffice innerhalb der Städte zu einem steigenden Flächenbedarf in Privatwohnungen.

Dies sind einige der Untersuchungsergebnisse des Forschungsteams. Weitere sind in der Studie dargestellt. Das Projektteam leitet aus der Untersuchungsergebnissen unter anderem folgende Empfehlungen ab:

- Künftig sollten Siedlungsplanungen konsequenter als bisher in Lagen mit guter Nahversorgung, entlang leistungsfähiger ÖPNV-Achsen und kombiniert mit gut funktionierenden Mobilitätskonzepten zum verpflichtenden Standard im Neubau werden. Anderenfalls verändern sich die Rahmenbedingungen für das Mobilitätsverhalten nicht, was langfristig unerwünschte Entwicklungen (wie steigender Pendelverkehr) nach sich zieht und im Nachhinein schwer zu korrigieren ist.
- Da sich Änderungen im persönlichen Mobilitätsverhalten nur sehr langsam durchsetzen, werden attraktive Mobilitätsangebote allein nicht ausreichen, um das Mobilitätsverhalten zu ändern. Nur durch eine Anpassung von Rahmenbedingungen – wie beispielsweise eine Entkopplung der Kosten für Wohnung und Stellplätze, die Bepreisung des Parkens und die Umverteilung des Straßenraums zugunsten des Umweltverbunds – sind wirksame Änderungen zu erwarten. Daher sollten solche Push-Maßnahmen von den Kommunen genutzt werden.
- Die bestehende Stellplatzbaupflicht setzt entscheidende Fehlanreize und sollte durch landesspezifische Mobilitätssatzungen abgelöst werden, die die Erschließung von Gebäuden verkehrsmittelübergreifend regeln. Eckpunkte wären nach Lage und ÖPNV-Erschließung gestaffelte Höchstwerte für Pkw-Stellplätze, verpflichtende Mobilitätskonzepte und Vorgaben zu Fahrradabstellanlagen.



www.difu.de/18478



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dipl.-Ing. Jannik Lohaus
+49 30 39001-132
lohaus@difu.de

Gemeinschafts- aufgabe

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

Gemeinschaftsaufgaben (GA) sind Aufgaben, die eigentlich in den originären Zuständigkeitsbereich von Ländern und Kommunen fallen. Zusammen mit den Finanzhilfen (Art. 104b bis d GG) zählen die Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91a bis e GG) zu den sogenannten Mischfinanzierungen des Grundgesetzes. Neben dem Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern bilden sie eine tragende Säule der Finanzverfassung.

„Die gemeinsame Planung durch Bund und alle Länder ist das Charakteristikum der Gemeinschaftsaufgaben und zugleich Anstoß für manche Kritik.“

Die Ursprünge der Gemeinschaftsaufgaben reichen bis in das Jahr 1969 zur „Großen Finanzverfassungsreform“ zurück. Die Mitfinanzierung des Bundes „bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder“ ist dann zulässig – so das Grundgesetz –, „wenn diese Aufgaben für die Gesamtheit bedeutsam sind“ und „zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist“.

Zu den „klassischen“ Gemeinschaftsaufgaben zählen die „GA Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie die „GA Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Im Laufe der Jahre erfolgten verschiedene Ergänzungen. Derzeit wird diskutiert, auch Gemeinschaftsaufgaben für die Bereiche Klimaschutz und Klimaanpassung einzuführen. Ein Charakteristikum der Gemeinschaftsaufgaben bildet die gemeinsame Planung der finanziellen Mittelverteilung durch den Bund und alle Länder in Planungs- bzw. Koordinierungsausschüssen. Deswegen stehen sie auch seit Jahren in der Kritik: Sie seien administrativ aufwändig, ineffizient in der Förderung und zu gering in der Wirkung. Verschiedene Reformen der letzten Jahre belegen jedoch, dass sich Gemeinschaftsaufgaben als durchaus anpassungsfähig erwiesen haben.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Sonderveröffentlichungen

Stadtstruktur, Wohnstandortwahl und Alltagsmobilität **NEU**

Neue Befunde für die Stadt- und Verkehrsentwicklung

Projektteam STAWAL, Uta Bauer u.a.

2024, 56 S., nur online

➔ www.difu.de/18477

Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2021 **NEU**

P. Wachter, N. Rogge, Agentur für kommunalen Klimaschutz (Hrsg.)

2024, 6 S., nur online

➔ www.difu.de/18499

BISKO Bilanzierungs-Systematik Kommunal **NEU**

Methoden und Daten für die kommunale Treibhausgasbilanzierung für den Energie- und Verkehrssektor in Deutschland. Methodenpapier, Version April 2024

Frank Dünnebeil u.a., Agentur für kommunalen Klimaschutz (Hrsg.)

2024, 29 S., nur online

➔ www.difu.de/18502

#Klimahacks – Klimaschutz-Monitoring für eine treibhausgasneutrale Kommune **NEU**

Marco Peters, Paul Ratz

2024, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/18475

Klimahacks – Freiflächen-Solarthermie für Kommunen

Hinweise und Handlungsempfehlungen **NEU**

Paul Ratz

2024, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/18480

Räumliche Wirkungen von Smart-City-Maßnahmen **NEU**

Ansätze und Methoden zu deren Messung

Jan Abt, Dimitri Ravin, BBSR (Hrsg.)

2024, 52 S.

➔ www.difu.de/18473

KfW-Kommunalpanel 2024 **NEU**

Christian Raffer, Henrik Scheller,

KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2024, 48 S., nur online

➔ www.difu.de/18468

Innenstadt (be)leben! **NEU**

Modellvorhaben in der Pilotphase der Kleinstadtakademie

E. Bojarra-Becker, B. Hollbach-Grömig u.a., BBSR (Hrsg.)

2024, 39 S., nur online

➔ www.difu.de/18438

OB-Barometer 2024 **NEU**

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.),

Carsten Kühn, Beate Hollbach-Grömig

2024, 4 S.

➔ www.difu.de/18428

KOMMUNEN INNOVATIV und REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft **NEU**

Innovative Wege zur Transformation von

Kommunen in strukturschwachen Regionen

S. Bock, W.-C. Strauss, L. Blecken, K. Fahrenkrug, DStGB (Hrsg.), Difu (Hrsg.)

2024, 52 S.

➔ www.difu.de/18420

Neue Ideen und Ansätze für die Regionale Kulturarbeit **NEU**

Teil 2: Vernetzen und Mitgestalten

TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel (Hrsg.)

2024, 73 S., nur online

➔ www.difu.de/18418

#Klimahacks – Mach dein Projekt:**Mehrweg-Kampagne** **NEU**

Björn Weber, Sarah Jakobs

2024, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/18411

Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz **NEU**

Machbarkeitsstudie

Carsten Kühn, Henrik Scheller, Klima-Allianz

Deutschland e.V. (Auftraggeber)

2024, 42 S., nur online

➔ www.difu.de/18406

Urbane Umweltziele: Handlungsfelder, Zielgrößen und Maßnahmenvorschläge für einen umfassenden urbanen Umweltschutz **NEU**

J. H. Trapp u.a., Umweltbundesamt (Hrsg.)

2024, 272 S., nur online

➔ www.difu.de/18400

Lebenswerte Städte und Regionen **NEU**

Kommunaler Leitfadens für eine integrierte

Stadtentwicklung und Mobilitätsplanung

Elke Bojarra-Becker u.a.

2024, 56 S., nur online

➔ www.difu.de/18344

Die ersten 100 Tage als Klimaanpassungsmanager*in

Vivianne Rau, Beatrice John, Elena Plank,

Difu und adelphi (Hrsg.)

2024, 31 S., nur online

➔ www.difu.de/18341

Bund/ Länder-Dialog Fläche – ein Zwischenfazit

Zwischenbericht

Thomas Preuß, Stephanie Bock, Robert Böhnke,

Doris Reichel u.a., UBA (Hrsg.)

2024, 47 S., nur online

➔ www.difu.de/18314

Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel

Konzeptionelle Ansätze des Strukturwandels

und Herausforderungen für sozial-ökologische

Transformationen in den drei Braunkohlerevieren

Jan H. Trapp, R. Riechel u.a. UBA (Hrsg.)

2024, 42 S., nur online

➔ www.difu.de/18300

Kommunen vernetzen

Peer-Learning zwischen Kommunen stärken

und Anpassungskapazitäten erhöhen

Elke Bojarra-Becker, Anna-Kristin Jolk, Luise

Willen u.a., UBA (Hrsg.)

2023, 170 S., nur online

➔ www.difu.de/18284

Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“

Endbericht

Christa Böhme, Thomas Franke, Lothar Gröschel

2023, 100 S., nur online

➔ www.difu.de/18241

KLIMA.PROFIT

Stadt und Unternehmen im Dialog. Klima-

anpassung in Bestandsgewerbegebieten unter

besonderer Berücksichtigung der regionalen

Wertschöpfung und Zukunftsfähigkeit

Maic Verbücheln u.a.

2023, 41 S., nur online

➔ www.difu.de/18171

Vom Plan auf die Straße

Wie Kommunen den Ausbau von Radverkehrs-

infrastruktur und Parkraummanagement be-

schleunigen können

T. Stein, U. Bauer, Agora Verkehrswende (Hrsg.)

2023, 41 S., nur online

➔ www.difu.de/18118

Praxisleitfaden: Klimaschutz in Kommunen

4., aktualisierte Auflage,

Agentur für kommunalen Klimaschutz, Difu

(Hrsg.)

2023, 344 S., ISBN 978-3-88118-683-4

➔ www.difu.de/17826

Zeitschrift

Stadtrevier. Polizei und Sicherheit in urbanen Räumen

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2023, 180 S.

Einzelheft 12 €

➔ www.difu.de/18233

Stadt und Inflation

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 1/2023, 168 S.

Einzelheft 12 €

➔ www.difu.de/17864

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, 168 S., vierfarbig, zahlreiche

Fotos, Print 34 €, Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-680-3

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb.

und Fotos, Print 39 €, Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-643-8

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in
Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 S., kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale,
institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 312 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.),

2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen,

Print 39 €, Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-534-9

➔ www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-508-0

➔ www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter
Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes –
Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige
und rechtssichere Verfahrensgestaltung

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmman

2022, 224 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-682-7, eBook 33,99 €

➔ www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, Print 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

➔ www.difu.de/9055

Difu Impulse

Aktuelle Herausforderungen und Sozial- raumorientiertes Arbeiten im Jugendamt – Ergebnisse einer Befragung aller Jugendämter in Deutschland im Juli 2023

Projekt Dialogforum „Bund trifft kommunale
Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungs-
perspektiven im Rahmen des KJSG“

B. Hollbach-Grömig, K. Landua, T. Franke, F.
Frölich v. Bodelschwingh

2024, Bd. 2, 27 S., nur online

➔ www.difu.de/18385

Stromnetzausbau: Kommunen als „Dialogbrücken“

Zwischen nationaler Planung und lokalem
Protest

Stephanie Bock, Franciska Frölich v. Bodelschwingh,
Bettina Reimann u.a.

Bd. 1/2024, 165 S., nur online

➔ www.difu.de/18259

Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen

Das Projekt „reGIOcycle“ – 1. Teil Forschungsphase
(2020–2023)

Maic Verbücheln u.a.

Bd. 11/2023, 51 S., nur online

➔ www.difu.de/18189

Fachexperten-Gespräche 2023 zur Modernisierung des Städtebaurechts

Arno Bunzel, Magnus Krusenotto, BBSR (AG)

Bd. 9/2023, 207 S., nur online

➔ www.difu.de/18086

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Nachhaltigkeitshaushalt und Nachhaltigkeitsrendite

Instrumente für die strategische Orientierung im
kommunalen Haushalt

Oliver Peters, Christian Raffer, Henrik Scheller,

Busso Grabow, Carsten Kühl

Bd. 10/2023, 80 S., nur online

➔ www.difu.de/18094

Erfolgreiche Nachhaltigkeitstrans- formation in der Kommunalverwaltung

Organizational change im öffentlichen Sektor –
inhaltliche Dimensionen, Hürden und Erfolgs-
bedingungen

C. Raffer, F. Buchmann, S. Schneider

Bd. 8/2023, 78 S., nur online

➔ www.difu.de/18091

Investitionsbedarfe für ein nachhaltiges Verkehrssystem

Schwerpunkt kommunale Netze

Wulf-Holger Arndt, Stefan Schneider

Bd. 7/2023, 106 S., nur online

➔ www.difu.de/18037

Kommunale Sportstätten und ihr Beitrag zur Erreichung der deutschen Klimaziele

Ansätze und Herausforderungen

K. Lindt, C. Raffer, H. Scheller, L. Thieme

Bd. 6/2023, 26 S., nur online

➔ www.difu.de/18031

Difu Policy Papers

Sustainable Finance für Kommunen

Themenfelder, Berührungspunkte und
Zielkonflikte

H. Scheller, C. Raffer, F. von Zahn, O. Peters

Bd. 3/2023, 29 S., nur online

➔ www.difu.de/18058

Verkehrsberuhigung: Entlastung statt Kollaps!

Maßnahmen und ihre Wirkungen in deutschen
und europäischen Städten

Uta Bauer, Sonja Bettge, Thomas Stein

Bd. 2/2023, 15 S., nur online

➔ www.difu.de/17996

Die Flächennutzungsplanung fit machen für die Innenentwicklung

Arno Bunzel, Franciska Frölich v.

Bodelschwingh, Magnus Krusenotto

Bd. 1/2023, 22 S., nur online

➔ www.difu.de/17845



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungs- und Fortbildungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, bildet fort, moderiert den wichtigen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwenderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Vor Ort in der Kommune, online oder am Berliner Standort – die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Zuwander bezahlen stark reduzierte Beiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot zudem deutlich ausgeweitet: Für Zuwander bietet das Difu exklusiv und kostenfrei Online-Impulsvorträge mit anschließendem Austausch/Moderation/Diskussion. Darüber hinaus sind alle eintägigen Difu-WebSeminare für Difu-Zuwander kostenfrei.

➔ www.difu.de/17143



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwenderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander. Zum Beispiel beim jährlichen Treffen in Berlin.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Auch im Fall von Kostenbeteiligungen an Studien sind diese für Zuwander teils günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren damit unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand – zugeschnitten auf die eigene Stadt.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten sämtliche Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen auch digital an. PDFs können direkt im Inter- oder Extranet heruntergeladen werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Zugang in die Difu-Literaturdatenbank

Die Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Dieses Repository ist der Publikationsserver des Difu. Es enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst.

➔ <https://repository.difu.de>

Ausführlichere Infos über Vorteile für Zuwander und Beitrittsmöglichkeiten bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Geschäftsführung: Prof. Dr. Carsten Kühn,
Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Gesellschafter: Verein für Kommunalwissen-
schaften e.V.

Amtsgericht Charlottenburg, HRB 114959 B
Umsatzsteuer-ID: DE 261590461

Text- und Bildredaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit Vera
Gutofski, Johanna Klauk, Vivien Schütze,
Stefanie Beiersdorf, Mara Demir

Layout und Bildbearbeitung

Vera Gutofski

Gestaltungskonzept

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Fotos

Coverbild: Adobe Stock/ON-Photography

Seite 16: Adobe Stock/surasak

Seite 31: Adobe Stock/pikappa51

Fotos ohne Quellenangabe:

www.pixabay.com, www.unsplash.com,

www.qimby.net.

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle

Tel. +49 30 39001-208, Fax -130

presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 50/vierteljährlich

ISSN 1439-6343

Stand: 19.6.2024

Nutzung der Beiträge

Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: aus

Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 2/2024.

Info an presse@difu.de erbeten.

Druck

Spree Druck Berlin GmbH

Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.



Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles
mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und
auch auf den Projekt-Websites, die das Difu im
Rahmen seiner Projektarbeit betreibt:

➔ www.difu.de

➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut
vierteljährlich über Forschungsergebnisse,
Standpunkte, neue Publikationen, neue Pro-
jekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die
Berichte erscheinen kostenfrei als Print- und
Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose
Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz
sparen, früher informiert sein – und das Difu
von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist
leicht: 1.) Mail-Adresse online unter Verteiler-
aufnahme eintragen. 2.) Mail an presse@difu.de
schicken und mitteilen, welche Postadresse wir
löschen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen
Hefts erhalten eAbonent*innen eine E-Mail mit
dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das
Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wo-
chen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da
Druck- und Versandzeiten entfallen. Das
Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.

➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)

➔ www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert das Difu über sei-
nen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über aus-
gewählte, neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Die Difu-Publikationen stehen überwiegend
kostenfrei zum Download auf der Difu-Home-
page zur Verfügung. Einige können als Print-
exemplar käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsreihe

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ online an, die
sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuel-
len Thema zur Zukunft der Städte befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social-Media-Kanäle

Über Facebook und X kommuniziert das Difu
aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem
Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen.
Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen
sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissen-
schaftler*innen können auf Youtube „nachgese-
hen“ werden:

➔ www.facebook.com/difu.de

➔ www.x.com/difu_d

➔ www.youtube.com/@difu

➔ www.t1p.de/r2u2x (Linkedin)

Presseverteiler

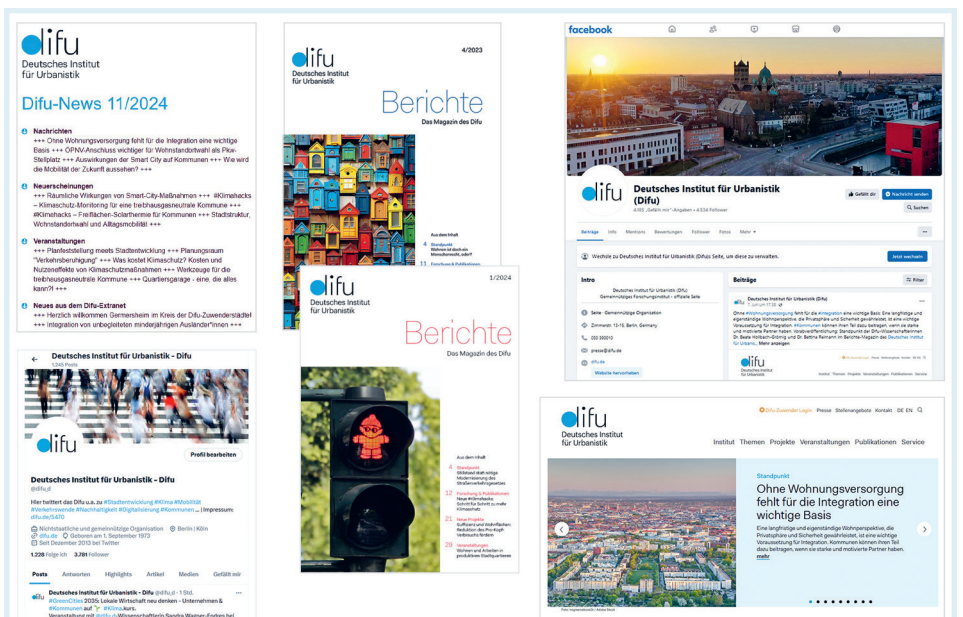
Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen in-
formieren in Echtzeit.

➔ www.difu.de/15162



Bildcollage: Difu

Innovative Kommunen und Regionen – Konzepte, Arbeitshilfen, Werkzeuge

Verbundvorhaben der BMBF-Fördermaßnahmen „Kommunen innovativ“ und „REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft“ stellen Ergebnisse vor. Publikation bietet Praxishilfe, Ideen und Anregungen für die zukunftsorientierte Kommunalentwicklung.

Kommunen und Regionen in strukturschwachen Gebieten sind in besonderem Maße gefordert, neue Konzepte zu erproben und unbekannte Wege einzuschlagen. Die BMBF-Fördermaßnahmen „Kommunen innovativ“ und „REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft“ eröffnen dafür die notwendigen Experimentier- und Freiräume. Städte, Gemeinden und Regionen können darin gemeinsam mit der Wissenschaft Probleme zielgerichtet analysieren, neue Konzepte und Instrumente entwickeln und diese experimentell vor Ort umsetzen. Seit 2021 erarbeiten die „Kommunen innovativ“-Projektteams der dritten Förderrunde Ideen, um den Auswirkungen des demografischen Wandels zu begegnen und zukunftsfähige Maßnahmen für die Daseinsvorsorge zu gestalten. In der Fördermaßnahme „REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft“ wird untersucht, wie regionale Stoffströme neu organisiert, interkommunale Verbände eine nachhaltige regionale Kreislaufwirtschaft etablieren und damit zur Wertschöpfung vor Ort beitragen können. Unterstützt werden die beiden Fördermaßnahmen durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Institut Raum & Energie (Wedel), die gemeinsam das wissenschaftliche Begleitvorhaben durchführen.

Bei einer Fachkonferenz, die im April in der Stadt Wuppertal stattfand, wurden ausgewählte Erkenntnisse und Erfahrungen der mehrjährigen gemeinsamen Forschungsvorhaben einer breiten kommunalen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorgestellt. In Foren und einem Plenum standen der Austausch der Ergebnisse, eine gemeinsame Reflektion ihrer Übertragbarkeit sowie zu verändernde Rahmenbedingungen im Mittelpunkt. Mehr als 150 Teilnehmende aus Wissenschaft, Politik und Praxis diskutierten an beiden Tagen Einsichten und Ergebnisse zu ganz unterschiedlichen Themen: interkommunale Zusammenarbeit, Kreislaufwirtschaft, Beteiligung und Kooperation mit der Bürgerschaft, Wärmewende, Verwaltungstransformation, Zukunftstechnologien sowie Kooperation von Wissenschaft und kommunaler Praxis. Best-Practice-Beispiele sollten vor allem den teilnehmenden Kommunen Ansatzpunkte zur Bewältigung des Strukturwandels und zur agilen Gestaltung der Transformation aufzeigen und zugleich auch Mut zum Experimentieren machen.

Die Bedeutung der Kommunen als Innovationsmotoren für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung stand im Fokus der Plenumsdiskussionen. In der Keynote und in einem anregenden Podiumsgespräch betonten der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, Prof. Dr. Uwe Schneidewind, sowie die Bürgermeisterin der Stadt Wermelskirchen, Marion Lück, mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen eindrucksvoll die Gestaltungsräume der Kommunen sowie ihren Gestaltungsauftrag. Sie verwiesen zugleich auf die herausfordernde Kommunikation mit der Politik sowie auf die oft hemmenden Regularien auf Bundesebene. Innovation sei eine wichtige, wenn auch nicht einfache Aufgabe der Kommunen – dies bestätigten auch die Vertreter*innen der drei kommunalen Spitzenverbände in der Abschlussrunde.



Foto: Wolf-Christian Staus

Auf der Fachkonferenz wurde die gemeinsam von Difu und DStGB herausgegebene Publikation „KOMMUNEN INNOVATIV und REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft. Innovative Wege zur Transformation von Kommunen in strukturschwachen Regionen“ vorgestellt. Sie bündelt die Ergebnisse der beiden Förderschwerpunkte und bietet für die kommunale Praxis hilfreiche Ideen und Anregungen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Kommunen. Die Handlungsideen und Lösungsvorschläge zeigen ein breites Spektrum auf: von der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung der Zivilgesellschaft über die Organisation innovativer ländlicher Energiekonzepte und dem Schließen von Stoffkreisläufen bis hin zur Etablierung neuer Formen der interkommunalen Zusammenarbeit und Wegen für eine Transformation der Verwaltung.



www.difu.de/18420
www.difu.de/10578



Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Innenstadt (be)leben!: Modellvorhaben der Kleinstadtakademie

Bönen, Demmin, Müñnerstadt und Zwönitz stellen sich im Projekt „Innenstadt (be)leben!“ den Herausforderungen des demografischen Wandels und veränderter Konsumgewohnheiten. Zur Innenstadtbelebunq setzen sie auf den Austausch von Ideen und Erfahrungen.

Von Januar 2021 bis April 2023 arbeiteten die vier Kleinstädte, Bönen (Nordrhein-Westfalen), Demmin (Mecklenburg-Vorpommern), Müñnerstadt (Bayern) und Zwönitz (Sachsen) gemeinsam an Methoden und Lösungen zur Belebunq ihrer Innenstädte. Das Vorhaben wurde inhaltlich und wissenschaftlich vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) begleitet. Die damalige Agentur Atene KOM GmbH begleitete die projektorganisatorische Entwicklung und Umsetzung des Vorhabens. Das Projekt stand unter dem Titel „Innenstadt (be)leben!“. Die Innenstädte der ausgewählten Kommunen sind von einem zunehmenden Leerstand im Einzelhandel und vielfältigen Attraktivitätsverlusten betroffen.



Foto: Adobe Stock, Anna Reich

Im Rahmen des Projekts sollten Ideen erarbeitet werden, mit denen sich die Innenstädte beleben lassen und zu lebenswerten Orten entwickelt werden können. Das Vorhaben war eines von sechs der Pilotphase der Kleinstadtakademie des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), welches aus dem Programm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) gefördert wurde. Besonderes Interesse lag an Erkenntnissen für die Ausgestaltung einer Kleinstadtakademie. Auf Grundlage eines Bundeswettbewerbs und Juryentscheidungs wurde die Stadt Wittenberge als Standort der Geschäftsstelle vom BMWSB benannt.

Aufbauend auf dem Ansatz kollegialen Coachings wurden im Modellvorhaben Formate organisiert, in denen ein Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren der vier teilnehmenden Kleinstädte stattfand. Diese erste Phase bot einen geschützten

Raum, in dem unter Einsatz verschiedener Methoden Probleme und denkbare Lösungen für jeweils eine der vier Kommunen diskutiert wurden. In der zweiten Phase wurden in jeder der vier Kleinstädte Formate umgesetzt, die Stakeholder und die Stadtgesellschaft in die Entwicklung ihrer Kleinstadt einbezogen. Die Kommunikation mit und zwischen der Stadtgesellschaft war in allen Kommunen ein zentrales Element. Es zeigte sich, dass es einen großen Bedarf an einer ganzheitlichen und kontinuierlichen Beteiligung gibt. Ebenso ist eine entscheidende Voraussetzung für eine resiliente, zukunftsfähige Kleinstadtentwicklung, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung und die Politik miteinbezogen werden.

Anknüpfend an diese Diskussionen wurden Ideen für die Belebunq der Innenstädte entwickelt, die in einer dritten Phase in erste Maßnahmen übersetzt und modellhaft erprobt wurden. Dazu gehört die Entwicklung von Schlüsselimmobilien zu multifunktionalen Treffpunkten oder zu Coworking Spaces für die Stadtgesellschaft. Es wurden Pop-up-Angebote wie die Einrichtung einer mobilen Bar in Leerständen geschaffen und Vereine gefördert, um innerstädtische Räume kreativ zu nutzen.

Die im Rahmen der Pilotphase initiierten Formate des Dialogs werden verstetigt, etwa in Form von Arbeitskreisen und Kampagnen für die Innenstadt. Die Projektakteure beteiligten sich darüber hinaus mit ihren Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen an den modellvorhabenübergreifenden Dialogformaten, Erfahrungswerkstätten und Tagungen zur Kleinstadtentwicklung.

Das Modellvorhaben zeigt, wie Methoden des Dialogs und der Moderation untereinander sowie zwischen verschiedenen Gruppen der Stadtgesellschaft in Kleinstädten gut funktionieren können, auch über die praktische Erprobung bislang relativ unbekannter oder komplexer Methoden der Beteiligung. Alle beteiligten Akteure bewerteten den Ansatz des kollegialen Coachings als hilfreich für die kommunale Arbeitspraxis. Dieses Austauschformat innerhalb eines geschützten Raumes kann daher für andere Kleinstädte ein erfolgversprechendes Vorgehen sein – auch im Rahmen der neuen Kleinstadtakademie.



www.difu.de/18438



Dr. Elke Bojarra-Becker
+49 30 39001-330
bojarra@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Unterstützung für Kommunen bei der Treibhausgasbilanzierung

Die Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu unterstützt Kommunen dabei, Klimaschutzstandards zu etablieren. Ein Baustein ist die Treibhausgasbilanzierung. Zwei neue Publikationen helfen Kommunen bei der Erstellung und Interpretation.

Zahlen, Daten und Fakten rund um die Klimaschutzbemühungen der eigenen Kommune im Blick haben – das erreichen Kommunen durch Klimaschutz-Monitoring. Kernstück eines kommunalen Klimaschutz-Monitorings ist die Energie- und Treibhausgasbilanzierung (THG-Bilanzierung). Sie gibt einen Überblick über die Verteilung der Energieverbräuche und die resultierenden Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen), aufgeteilt nach Sektoren und Energieträgern einer Kommune. So helfen die Bilanzen dabei, über Jahre hinweg die Entwicklung des Energieeinsatzes und der THG-Emissionen aufzuzeigen. Daraus lässt sich ablesen, an welchen Stellschrauben die Kommune drehen muss, um ihr Klimaziel zu erreichen.

Das Erstellen einer THG-Bilanz ist ein umfassender Prozess: Daten aus verschiedenen Quellen mit verschiedenen zuständigen Akteuren müssen zusammengetragen und analysiert werden. Um Kommunen dabei zu unterstützen, hat das Team der Agentur für kommunalen Klimaschutz zwei Publikationen veröffentlicht.

Im Methodenpapier „BISKO Bilanzierungs-Systematik Kommunal: Methoden und Daten für die kommunale Treibhausgasbilanzierung für den Energie- und Verkehrssektor in Deutschland“ werden die methodischen Grundlagen zur Erstellung einer THG-Bilanz nach der Bilanzierungs-Systematik Kommunal, kurz BISKO, beschrieben. Die Anwendung der Systematik sorgt für Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit verschiedener Bilanzen. Zu diesem Zweck werden den Kommunen im Methodenpapier auch THG-Emissionsfaktoren für den stationären Bereich und den Verkehrssektor bereitgestellt.

Die zweite Veröffentlichung „Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2021“ bietet Kommunen Unterstützung bei der Interpretation von THG-Bilanzen. Neben ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen können bundesweite Entwicklungen wie Schwankungen im Bundesstrommix und einmalig auftretende Effekte wie die Coronapandemie Auswirkungen auf die Bilanzen haben. In dem Papier wird daher übersichtlich beschrieben, welche Faktoren neben den von Kommunen selbst erhobenen Daten bei der Bewertung der THG-Bilanz berücksichtigt werden

sollten. Das Papier bietet Daten zur Entwicklung der bundesweiten THG-Emissionen und des Bundesstrommix für das Jahr 2021. Mithilfe einer Checkliste können Kommunen überprüfen, ob sie alle wichtigen Einflüsse bedacht haben.

Beide Publikationen, die mit fachlicher Unterstützung des Instituts für Energie- und Umweltforschung (ifeu) erstellt wurden, werden künftig jährlich mit aktualisierten Daten veröffentlicht.



Foto: Adobe Stock, Parradee

Die Agentur für kommunalen Klimaschutz betreut Verfahrens- und Qualitätsstandards im kommunalen Klimaschutz. Sie unterstützt Kommunen dabei, Klimaschutzmaßnahmen nach bundeseinheitlichen Standards umzusetzen und zu bilanzieren. Das kostenfreie Angebot der Agentur umfasst Informationsmaterialien, Veranstaltungen wie Workshops und Fachaustausche sowie die individuelle Beratung von Kommunen zu Fragen der THG-Bilanzierung, des Klimaschutz-Monitorings und der Klimaschutzberichterstattung. Die Agentur ist ein Projekt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK).



www.difu.de/18502
www.difu.de/18499



Dr. Nicole Rogge
+49 30 39001-298
rogge@difu.de

Luisa Müller, M.A.
+49 30 39001-165
lmuller@difu.de

Kulturarbeit in der Region verändern und stärken

Wie können mit unterschiedlichen regionalen Partner*innen längerfristige Strukturen aufgebaut und künstlerisch-partizipative Prozesse angestoßen werden? Antworten liefert eine neue Publikation, die den Fokus auf Vernetzung und Mitgestaltung legt.

Was kann regionale Kulturarbeit in ländlichen Räumen bewirken? Warum lohnt es sich, in die Vernetzung vor Ort und in partizipative Kulturprojekte zu investieren? Erfahrungen aus zehn Regionen in Deutschland zeigen, wie haupt- und ehrenamtlich kulturell aktive Menschen zusammenarbeiten, um Orte für Begegnung und gemeinsame Projekte zu schaffen. Sie erzählen Geschichten ihrer Wohnorte neu, knüpfen Netzwerke und zeigen neue Perspektiven für die Zukunft ihrer Regionen. Diese Eindrücke und Erkenntnisse stehen im Fokus der zweiten Publikation „Neue Ideen und Ansätze für die Regionale Kulturarbeit. Teil 2: Vernetzen und Mitgestalten“ – gemeinsam vom Difu und dem Team des TRAFÖ-Programms entwickelt – einer Initiative der Kulturstiftung des Bundes, die Regionen dabei unterstützt, ihre Kulturorte und ihr Kulturangebot dauerhaft zu stärken.



Im Abschnitt „Vernetzen“ der Handreichung werden verschiedene Ideen vorgestellt. Regionale Kulturarbeit lebt von Zusammenarbeit: Kulturaktive, Kultureinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen, interessierte Bewohner*innen und Ehrenamtliche sowie Vertreter*innen aus Kommunen, der lokalen Politik, Demokratiearbeit und Regionalentwicklung gehen gemeinsame Wege. Wie kommen diese Akteur*innen und ihre unterschiedlichen Perspektiven zusammen? Was motiviert zur Kooperation? Und wie wird eine Zusammenarbeit langfristig

erfolgreich? Erfahrungen aus den TRAFÖ-Regionen (Oderbruch, Südniedersachsen, Saarpfalz, Schwäbische Alb, Altenburger Land, Köthen (Anhalt), Rendsburg-Eckernförde, Uecker-Randow, Vogelsbergkreis, Westpfalz) zeigen, wie mit neuen Ansätzen Netzwerkarbeit gestaltet und mit welchen Gremien gemeinsame Vorhaben erfolgreich begleitet werden. Erprobte Netzwerkstellen für die Kultur haben das Potenzial, als Kontaktpartner zu fungieren, Kulturakteure zu beraten, künstlerische Prozesse zu begleiten und (neue) Strukturen in der Region langfristig zu verankern. Ebenso erweisen sich regionale Kulturkonferenzen als ein wertvolles Instrument, um die breite Akteurslandschaft einer Region in einen regelmäßigen Austausch zu bringen und gegenseitiges Verständnis für Perspektiven, Ziele und Rahmenbedingungen aller Beteiligten zu erzeugen.

Der Abschnitt „Mitgestalten“ widmet sich künstlerischen Prozessen, die Menschen vor Ort einbinden. Anhand von Beispielen wird aufgezeigt, wie Teilhabe, stärkerer Zusammenhalt und Begegnungsorte geschaffen werden. Eine große Bandbreite an Formaten kommt zum Einsatz – von kleinen aktivierenden Formaten, die Neugierde wecken und zum Mitmachen einladen, bis hin lang andauernden künstlerischen Prozessen, in denen gemeinschaftlich und auf Augenhöhe in den Orten einer Region Ideen für Kulturprojekte entwickelt und umgesetzt werden. Unter Mitgestaltung wird auch verstanden, wie sich Kultureinrichtungen und Orte für Partizipation öffnen und so neue Räume für Mitgestaltung schaffen. So wurde aus einem teils ungenutzten Schloss ein Gemeinschaftsprojekt für die ganze Stadt, und ein Museum erarbeitet seine Inhalte kollektiv mit dem Wissen aus der Region.

Der erprobten Ideen sind spannend und inspirierend, aber keine Blaupause. Doch angepasst auf die spezifischen Bedingungen vor Ort können sie für andere Regionen und deren kulturelle Entwicklung fruchtbar sein.

Der vorangegangene erste Band der Handreichung erschien 2022. Er beschreibt, wie ein regionaler Prozess zur Stärkung und Entwicklung regionaler Kulturarbeit angestoßen werden kann.



www.difu.de/18418



Julia Diringer, M.Sc.
+49 30 39001-283
diringer@difu.de

KI in der Smart City

Welche KI-Einsatzfelder und -Tools gibt es für die Stadtentwicklung der Kommunen? Und welchen Nutzen haben sie?

KI in der Smart City



www.difu.de/18295



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

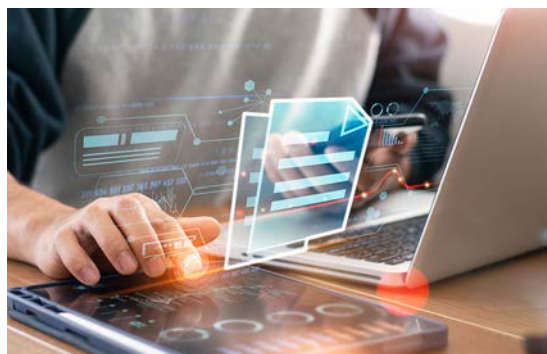


Foto: Adobe Stock, Kalawin

KI-Anwendungen finden sich zunehmend in Bereichen der Stadtentwicklung. Sie können dabei helfen, kommunale Prozesse zu optimieren und sie effizienter zu gestalten. Oft wird mit KI die Steuerung komplexer Infrastruktursysteme unterstützt. Gleichzeitig ist ihr Einsatz in Kommunen mit Risiken verbunden, vorrangig in der Governance und Anwendung algorithmischer Systeme.

In der ‚Neuen Leipzig-Charta‘, der ‚Smart-City-Charta‘ und den von der Nationalen Dialogplattform Smart Cities erarbeiteten Leitlinien zu „Datenstrategien für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung“ wird gefordert, dass Algorithmen weder demokratisch gewählte Gremien noch die Verantwortlichkeit natürlicher oder juristischer Personen ablösen sollen, die Kriterien automatisierter Verwaltungsentscheidungen offenzulegen sind und bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen eingesetzte automatisierte Entscheidungssysteme öffentlich dokumentiert und mitsamt einer Beschreibung der verwendeten Daten erläutert werden sollten.

Einen umfassenden Überblick über die vielfältigen Handlungsfelder von KI in der Stadtentwicklung gibt es bislang nicht. Auch fehlt es an einer systematischen Betrachtung der Governance und der Implementierung von KI-Systemen in Kommunen. Im Projekt werden die KI-Handlungsfelder zur Erreichung von Stadtentwicklungszielen identifiziert und verschiedene Anwendungen untersucht. Ziel ist es, den KI-Nutzen für die Stadtentwicklung aufzuzeigen und einen Überblick über zukunftsweisende Tools und Formen der KI zu geben. Das Projekt ist Teil der Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities und wird mit Fraunhofer IESE und dem BBSR durchgeführt.

Klimaschutz in der Smart City



www.difu.de/18422



Theresa Hohmann, M.A.
+49 30 39001-278
hohmann@difu.de

Klimaschutz in der Smart City

Welche Digitaltools werden von Kommunen erfolgreich zur Förderung des Klimaschutzes eingesetzt?



Foto: Adobe Stock, nateejindakum

In Städten wird ein erheblicher Anteil der globalen Treibhausgasemissionen erzeugt. Daher ist es wichtig, dass dort das Ziel der Klimaneutralität stringent verfolgt wird. Die Kommunen sind auf der Grundlage des Klimaschutzgesetzes bereits aktiv und haben einen Wandel ihrer Klimaschutzziele angestoßen. Allerdings ist der Umstieg auf umweltfreundlichere Energieträger in urbanen Gebieten herausfordernd. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Stadtverkehr, Gebäude/Quartiere sowie Energieversorgung.

Smart-City-Vorhaben können digitale Tools nutzen, um städtische Lebensräume nachhaltiger und effizienter zu gestalten. Daher sollten Klimaschutzbelange stets in die Vision einer Smart City integriert werden. Bisher fehlt ein fundierter Überblick zu fachbereichs- und handlungsfeldübergreifenden digitalen Tools, die das Erreichen kommunaler Klimaschutzziele unterstützen. Daher beauftragte das BBSR das Difu im Rahmen der Koordinierungs- und Transferstelle (KTS) Modellprojekte Smart Cities gemeinsam mit Fraunhofer IAO und dem Kompetenzzentrum Wasser Berlin mit einer Analyse.

Untersucht wird, welche kommunalen Aktivitäten beim Einsatz digitaler Tools effektiv für den Klimaschutz sind. Beispiele hierfür können urbane Datenplattformen oder „Urbane Digitale Zwillinge“ sein. Darüber hinaus wird analysiert, inwieweit diese Technologien die Arbeit und Kommunikation innerhalb von Kommunalverwaltung und -politik bei der Erreichung der Klimaschutzziele beeinflussen. Mögliche Lösungsoptionen werden dabei mit Blick auf die drei Bereiche urbane Verkehrswende, Gebäude und Quartiere sowie Energiewende analysiert.

Leipzig nutzt Green Budgeting

Die Stadt Leipzig hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und nutzt dafür Green-Budgeting-Modelle.

Leipzig nutzt Green Budgeting



www.difu.de/18421



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de



Foto: Adobe Stock, EdNurg

Die Stadt Leipzig hat per Ratsbeschluss den Klimanotstand ausgerufen. Ziel der Stadt ist es, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen – für die Stadtverwaltung bis zum Jahr 2035. Bei allen städtischen Entscheidungen werden deshalb die Folgen für den Klimawandel prioritär betrachtet. Die Ergebnisse der aktuellen Bilanzierung zeigen, dass Leipzig diesem Ziel bisher noch nicht gerecht wird.

In einem Forschungsprojekt wird der Haushalt der Stadt ins Zentrum des Prozesses hin zur Klimaneutralität gerückt. Durch die Verzahnung von Klimazielen mit der kommunalen Haushaltspolitik und -bewirtschaftung werden im Sinne des Green Budgetings Wirkungen des städtischen Haushalts auf klimaschädliche Emissionen sichtbar gemacht und Ziele der Nachhaltigkeitspolitik konkretisiert. Green Budgeting macht klima- und umweltspezifische Auswirkungen der budget- und steuerpolitischen Maßnahmen und Prozesse im öffentlichen Sektor zum Gegenstand. Dabei werden finanzielle Aspekte und Einschätzungen zur Wirkung einbezogen. Green Budgeting soll die größtmögliche ökologische Nachhaltigkeitswirkung je eingesetzter Geldeinheit ermöglichen. Mit einem in Leipzig entwickelten Modell soll Green Budgeting zu einem integralen Bestandteil der Haushaltsaufstellung und -steuerung werden. Die zentrale Herausforderung besteht dabei in der Verbindung der Bewertung von Umwelt- und Klimaauswirkungen mit dem kommunalen Haushaltsrahmen sowie den relevanten kommunalpolitischen Prozessen. Das Difu ist zusammen mit der InfraRes GmbH Teil des vom Kompetenzzentrum öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge (KOWID) durchgeführten Projekts.

Gesamtstrategie Sportinfrastruktur



www.difu.de/18376



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Dipl.-Ing. Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Gesamtstrategie Sportinfrastruktur

Berlin plant eine Gesamtstrategie, um Sportstätten effizient zu nutzen und die Bezirke hierbei zu unterstützen.



Foto: Adobe Stock, Gekon

Der Berliner Senat will auf der Basis der bezirklichen Sportentwicklungspläne eine strategische Gesamtplanung entwickeln. Ziel der „Berliner Strategie Sportinfrastruktur“ ist es,

- eine agile und zielgenaue gesamtstädtische Entwicklung für den Sport zu ermöglichen,
- räumliche, organisatorische und inhaltliche Schnittstellen mit anderen Planwerken und Fachressorts zu nutzen,
- die Bezirke in ihren Aufgaben zur Entwicklung der Sporträume zu unterstützen sowie
- Monitoring zur ständigen Überprüfung und Fortschreibung der Strategie zu entwickeln.

Das Difu unterstützt die Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport bei der Steuerung und Strukturierung des Prozesses zur Entwicklung der Strategie sowie ihrer inhaltlichen Erarbeitung.

Als Basis werden die Rahmendaten der Sportinfrastruktur – insbesondere zur Art, Größe und sozialräumlichen Lage von Sportanlagen – aufbereitet. Außerdem werden Veränderungstreiber wie die Bevölkerungsentwicklung sowie vorhandene Planungen z. B. die Berliner Schulbauoffensive oder das Sportstättenanierungsprogramm einbezogen. Darauf aufbauend gilt es, unter Einbindung relevanter Akteure zentrale Themen, Ziele, Handlungsfelder sowie Maßnahmen und Projekte zu erarbeiten, abzustimmen und zu priorisieren. Der Fokus liegt auf den öffentlichen Kernsportanlagen des Breitensports – derzeit rund 1.400 Sporthallen und etwa 3.300 Sportplätze und -anlagen. Ausgehend von der aktuellen Versorgungslage werden auch künftige Anforderungen z.B. durch energetische Standards, Barrierefreiheit oder veränderte Nachfrage berücksichtigt.



Präsenz- und Online-Fortbildungen zu allen kommunal relevanten Themen

Wissen entsteht im Austausch. Nach dieser Devise bietet das Difu mit seinen Seminaren eine Plattform, um sowohl aus dem fachlichen Input der Difu-Wissenschaftler*innen als auch von den Praxiserfahrungen der Difu-Netzwerkpartnern*innen zu lernen. Der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung haben in den Difu-Seminaren einen hohen Stellenwert, sowohl vor Ort als auch online.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Difu-Website zu werfen, den E-Mail-Newsletter „Difu-News“ zu abonnieren oder dem Difu in den sozialen Medien zu folgen: Auf der Website ist das gesamte Veranstaltungsangebot stets aktuell zu finden – sowohl hauseigene Seminare und Veranstaltungen als auch Veranstaltungen, die das Institut im Rahmen seiner Difu-Forschungs- und Wissenstransferprojekte durchführt.

Difu-Zuwanderstädte profitieren von den besonders günstigen Zuwendertarifen, eintägige Difu-WebSeminare können sie sogar kostenlos besuchen. Darüber hinaus können sie exklusiv und kostenlos Inhouse-Veranstaltungen buchen, die „Difu-Impulsvorträge“. Die im Rahmen von Projekten geförderten Veranstaltungen sind oft für alle Teilnehmenden sehr kostengünstig oder kostenfrei. Dazu gehören beispielsweise die Veranstaltungen des Mobilitätsforums Bund, des Zentrums KlimaAnpassung, der Agentur für Klimaschutz oder des Dialogforums zum Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe.

Wir freuen uns auf den Austausch!



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Veranstaltungsvorschau (Auswahl)

Klimachecks: Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune

25. Juni 2024, online
➔ www.difu.de/18408

Kommunalrichtlinie: Vorreiterkonzepte Kommunaler Klimaschutz

27. Juni 2024, online
➔ www.difu.de/18368

KfW-Kommunalpanel kompakt

1. Juli 2024, online
➔ www.difu.de/18485

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune

2. Juli 2024, online
➔ www.difu.de/18481

Hochwasser als Kommune bewältigen. Handlungsoptionen für den Umgang mit extremen Hochwasserereignissen

Brennpunkt-WebSeminar
12. Juli 2024, online
➔ www.difu.de/18523

Beyond Push and Pull: Incentive Schemes to Promote Sustainable Mobility Behaviour in Communal Practice

12. Juli 2024, online
➔ www.difu.de/18493

Erfahrungsaustausch Wohnungsmarktbeobachtung

Difu-Seminar
5.–6. September 2024, Frankfurt
➔ www.difu.de/18456

Die inklusive Lösung – Vorstellung des Referentenentwurfs und Diskussion

Dialogforum Jugendhilfe
9. September 2024, online
➔ www.difu.de/18430

Potenzial(e) der Digitalisierung

Difu-Seminar
9.–10. September 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18458

Die Nationale Wasserstrategie

Difu-Seminar
12.–13. September 2024, online
➔ www.difu.de/18457

Sanierung zur Plusenergieschule als Vorbild für städtische Energiestandards

24. September 2024, Stuttgart
➔ www.difu.de/18472

Simulationslabor „Solardach –Radweg“

25. September 2024, Freiburg
➔ www.difu.de/18471

Auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität

Difu-Seminar
7.–8. Oktober 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18459

Dachflächen nutzbar machen

Difu-Seminar
10.–11. Oktober 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18460

Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog

Difu-Seminar
28.–29. Oktober 2024, Köln
➔ www.difu.de/18461

Eine Smart City werden

Difu-Seminar
4.–5. November 2024, online
➔ www.difu.de/18462

Gemeinwesenarbeit im Quartier

Difu-Seminar
7.–8. November 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18463

Kommunale Klimakonferenz 2024

12.–13. November 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18336

Auf das Auto angewiesen?!

Difu-Seminar
21.–22. November 2024, online
➔ www.difu.de/18464

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusiv.de

Agentur für Kommunalen Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/de/agentur

Zentrum KlimaAnpassung

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund

➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Der Weg zur Haltestelle – unterschätztes Potenzial für den ÖPNV

Obwohl fast 90 Prozent aller ÖPNV-Fahrten mit Fußwegen von und zur Haltestelle kombiniert werden, wird diesem Thema bisher kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Offenbar zu Unrecht wie ein Difu-WebSeminar zeigt.



Mit Blick auf eine zukunftsorientierte Mobilität wird dem ÖPNV eine Schlüsselrolle eingeräumt. Zum einen können mit öffentlichen Verkehrsmitteln größere Distanzen bewältigt werden, zum anderen steht er grundsätzlich (fast) allen Bevölkerungsgruppen als Mobilitätsangebot zur Verfügung und verbraucht weniger Energie und Platz als private Pkws. Welche Potenziale könnten daher noch ausgeschöpft werden, um den Weg zur Haltestelle attraktiver zu gestalten?

Prof. Dr. Helge Hillnhütter von der Technisch-Naturwissenschaftlichen Universität Norwegens (NTNU) gab eine umfassende Einführung, was den Weg zur Haltestelle so wichtig macht. Besonders überraschend: 70 Prozent der Erinnerung an eine Fahrt mit dem ÖPNV betrifft die zurückgelegten Fußwege. Aus diesem Grund haben vor allem der Charakter und die Qualität des Stadtraums einen messbaren Einfluss auf den Fußverkehr. Das betrifft zum Beispiel die akzeptierte Fußweglänge und auch die Zahl potenzieller Nutzer*innen des ÖPNV. Nicht immer sind hohe Investitionen nötig. Kürzere Wartezeiten an Ampeln, weniger Umwege und mehr Einzelhandel im Umfeld einer Haltestelle verbessern des Geh-Erlebnis. Investitionen in den Fußverkehr seien also auch Investitionen in den ÖPNV. Damit Kommunen diese Synergien für sich nutzen können, plädierte Hillnhütter dafür, Stadtraum, Fußgänger*innen und öffentlichen Verkehr stets zusammen zu denken. Dabei sei auch die Verkehrssicherheit zu betrachten, betonte Dr.-Ing. Hagen Schüller von der PTV Transport Consult

GmbH in seinem Vortrag. Um den Fußverkehr rund um Haltestellen sicherer zu gestalten, rät er Kommunen, direkte Wegebeziehungen herzustellen, Fuß- und Radverkehr voneinander zu trennen sowie parkende Autos im Umfeld zu reduzieren. Ebenso erhöhe eine moderate Wartezeit an Fußgängerüberwegen die Attraktivität und Sicherheit. Insgesamt betonte Schüller, dass eine gute Sichtbarkeit zentral für sicheren Fußverkehr sei. Das gelte auch für Wege rund um Haltestellen.

Das Thema „Weg zur Haltestelle“ müsse in der Praxis künftig auf die Agenda gesetzt werden. Dies war der Tenor einer Diskussionsrunde im Rahmen des WebSeminars, an der Vertreter*innen der Berliner ÖPNV-Sharing-App BVG-Jelbi, des Hamburger Verkehrsverbunds (hvv), des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie Agora Verkehrswende teilnahmen. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Verkehrsbetrieben im Haltestellenumfeld seien klare Verantwortlichkeiten, aber auch noch viel Kommunikation und Koordination notwendig. Den ÖPNV durch bessere Wege zu, von und zwischen den Haltestellen zu verbessern, sei eine Schnittstellenaufgabe. Aus diesem Grund setze der hvv auf zwei – deutschlandweit bislang einmalig – Koordinatoren für das Haltestellenumfeld. Insgesamt wurde im Rahmen des WebSeminars deutlich, dass erhebliche Potenziale im Bereich des Weges zur Haltestelle noch nicht ausgeschöpft sind. Daher wird das Difu das Thema weiterverfolgen und vertiefen.



www.difu.de/18466
www.difu.de/16750



Jan Mesenbrock, M.Sc.
+49 30 39001-134
mesenbrock@difu.de

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Der Stadtbaum und seine Konflikte

Neu- und Umbau, Brandschutz, Infrastrukturen, Parkdruck sowie Hitze und Trockenheit belasten Stadtbäume an ihren Standorten. Ein Difu-Seminar zu Wegen und Maßnahmen für mehr Stadtbäume und Baumschutz in Zeiten des Klimawandels zeigte Optionen auf.

Welche Lösungen sich für die Bewältigung von Konflikten rund um Stadtbäume eignen, war Gegenstand eines Difu-Seminars im Frühjahr. Referent*innen aus Kommunen, Wissenschaft und dem Deutschen Städtetag beleuchteten eine Reihe von Themen, die von Baumdaten, Planung, Instrumenten und Konzepten bis hin zu Maßnahmen für mehr Stadtbäume und Baumschutz reichten. Die extremen Lebensbedingungen von Stadtbäumen mit Versiegelung, Verdichtung, Klimawandel, Streusalz und Hundeurin führen sowohl zur Schädigung alter Stadtbäume als auch zu einer geringen Lebenserwartung junger bzw. neu gepflanzter Bäume. Zudem verlangen die Brandschutzanforderungen im Rahmen der Nachverdichtung von Bauherren die Sicherstellung eines zweiten Rettungsweges. Gleichzeitig ist es vor dem Hintergrund der notwendigen Klimaanpassung nicht vertretbar, den Baumbestand zu reduzieren, regelmäßig präventiv zurückzuschneiden oder nur schlanke kleinkronige Baumarten zu verwenden. Positionspapiere, Konzepte und Instrumente zeigen hier bereits gangbare Wege.

Die Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz (GALK), die AG der Leiter*innen der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF Bund) und der Deutsche Feuerwehrverband haben ein Positionspapier erarbeitet. In diesem werden zu den Auswirkungen der baulichen Nachverdichtung auf den Stadtbaubestand im Zusammenhang mit der Sicherstellung des zweiten Rettungsweges Lösungen für den Konflikt aufgezeigt. Das GALK-Papier zur wassersensiblen Straßenraumgestaltung zeigt, warum sich Versickerungsanlagen nicht als Baumstandorte eignen. Mit dem qualifizierten Freiflächengestaltungsplan steht ein Planungsinstrument zur Verfügung, das die Qualität nicht überbauter Grundstücksflächen bei Baumaßnahmen sowie der Bauwerksbegrünung sichert. Er ist ein Instrument zur Sicherung von Grünqualitäten in §34-Gebieten, in denen Grünbelange nicht im Bebauungsplan dargestellt sind.

Im Seminar wurden Praxisbeispiele aus Städten vorgestellt: In Düsseldorf werden Baumstandorte systematisch saniert, Defiziträume ermittelt, der Baumbestand analysiert, Suchräume für Neupflanzungen ermittelt sowie Potenzialräume abgegrenzt. Im Projekt „Grüne Stadt der Zukunft“

in München wird auf Basis einer wissenschaftlich fundierten Baumbilanz und entlang von Kriterien der Themenfelder grüne Infrastruktur, Durchlüftung und wassersensible Stadtentwicklung der Baumbestand entwickelt. In Leipzig werden viele Maßnahmen für den Baumschutz realisiert. Baumschutzbelange werden frühzeitig in Baugenehmigungsverfahren eingebunden unterstützt durch eine Checkliste für den Baumschutz. Der Baumschutz auf Baustellen wird u.a. mit einer dendrologischen Baubegleitung unterstützt. Auf der Basis von Laser-Scan-Daten zum Kronendach im Stadtgebiet wird in Zürich der Baumbestand anhand von Kennwerten für Kronenvolumen, -fläche und Baumhöhe stadtwweit und differenziert nach Typen weiterentwickelt. Hierfür stellt die Stadt Budgets für Maßnahmen auf städtischen Grünflächen, bei privaten Eigentümer*innen, für Eigenwirtschaftsbetriebe kommunaler Liegenschaften sowie für Forschungs- und Pilotprojekte zur Verfügung.



Foto: Vera Gutofski

Das Seminar zeigte, welche Datengrundlagen und Konzepte erforderlich sind, um Stadtbäume resilient zu entwickeln. Viele Kommunen arbeiten bereits mit Werkzeugen, Datenmodellen und Kennwerten. Erforderlich ist das ämterübergreifende Handeln, damit Baumbelange in Planung und Stadtentwicklung stärker werden. Eine große Rolle spielt die Sensibilisierung von Bauherren und Bevölkerung für die Stadtbäume. Auch bedarf es des regelmäßigen Austauschs zwischen Städten.



www.difu.de/18416



Dipl.-Geogr. Luise Willen

+49 221 340308-19

willen@difu.de

Dipl.-Ing. agr.

Thomas Preuß

+49 30 39001-265

preuss@difu.de

Integration von unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen

Im Rahmen eines vom Difu durchgeführten kommunalen Erfahrungsaustauschs wurden gute Ideen zur erfolgreichen Unterbringung, Begleitung und Integration unbegleiteter minderjähriger Ausländer*innen (UMA) diskutiert.

In dem Online-Seminar wurde erörtert, wie unter den gegenwärtigen Bedingungen Rechte und Bedarfe minderjähriger Migrant*innen sichergestellt und gleichzeitig die herausfordernde Notsituation vieler Kommunen mit Blick auf Versorgung und Betreuung verbessert werden können. Dabei wurden pragmatische Ideen und Integrationslösungen vorgestellt und ungenutzte Handlungsspielräume ausgelotet. Es ging um flexiblere Handlungsmöglichkeiten, nicht um Standardabbau. Orientierungsrahmen war die Punktation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur „Sicherstellung des Kinderschutzes bei der Unterbringung, Betreuung und Versorgung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher in Krisenzeiten“, die Rolf Diener, Sozialdezernent in Bremen, erläuterte und an der Praxis seiner Stadt spiegelte. Erörtert wurde u.a., wie es gelingen kann, Personal für die Betreuung der UMA zu finden. Das Fachkräftegebot in der Jugendhilfe gelte nicht für freie Träger, müsse „aufgabenspezifisch“ interpretiert und die Mitarbeit von z.B. Sprachmittler*innen, Islamwissenschaftler*innen und Peer-Kräften stärker in der Praxis eingebunden werden.



Foto: Adobe Stock, Rabizo Anatolii

auf die ab 2015 erreichten Errungenschaften, die gleichzeitig auch die „roten Linien“ markieren: Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe; gleiche Standards für alle Kinder und Jugendlichen; gerichtlich überprüfbare qualifizierte Inaugenscheinnahme; kind- bzw. jugendgerechte Unterbringung, Versorgung und Betreuung sowie Sicherstellung einer rechtlichen Vertretung. Bei der Altersfeststellung gelte das Kriterium: Kann Minderjährigkeit ausgeschlossen werden?

Es geht vor allem um die Frage, inwieweit man sich in der Jugendhilfe aufgrund von Mangellagen mit (vorübergehenden) Lösungen abfinden muss und wie dem begegnet werden kann. Ein Weg sei, individuelle Bedürfnisse im Clearingverfahren zu klären, um das „Best-Case-Szenario“ für die Jugendlichen zu finden. Viele UMA haben hohen erzieherischen Bedarf, bringen zugleich aber ein großes Maß an Selbständigkeit mit. Daher ist das „klassische Heimerziehungssetting“ nicht immer angemessen. Eine „vorläufige Unterbringung“ muss daher nicht in einer Jugendhilfeeinrichtung sein, auch eine geeignete Person, Einrichtung oder sonstige Wohnform sind möglich. Kindeswohl ist hier der Beurteilungsmaßstab. Auch Anschlussmaßnahmen für UMA, um aus der Jugendhilfe herauszufinden, seien schwierig. Markus Schön, Sozialdezernent in Krefeld, stellte anhand der gelebten Praxis in seiner Stadt vor, wer wichtige Partner für die Organisation von Brückenangeboten und Angebotsstrukturen zur Erstintegration von UMA über die klassische Jugendhilfe sind. So gibt es z.B. eine rechtskreisübergreifende Beratung/Begleitung zum Übergang in Ausbildung und Beruf.

Als wichtiges Zukunftsthema wurde definiert, wie es in der Jugendhilfe gelingen kann, dauerhafte Strukturen aufzubauen und Versorgungssicherheit herzustellen. Schließlich wird der Umgang mit Flucht und Zuwanderung eine herausfordernde kommunale Aufgabe bleiben. Zugleich wurde angemerkt, die Diskussion über Versorgungssicherheit von UMA in die Gesamtdebatte über Qualität in der Jugendhilfe einzubinden. Auch sogenannte Systemsprenger finden z.T. keine Einrichtung, in der sie gut betreut werden können. Die rote Linie dürfe nicht zum Standard in der Kinder- und Jugendhilfe werden.

Nach einem Input von Dr. Andreas Dexheimer, Vorstand und Sprecher Geschäftsleitung Diakonie Rosenheim, wurde diskutiert, wo im Sinne der Standardanpassung eine flexiblere Umsetzung möglich ist, was „temporär“ bedeutet und was ein „gutes Maß an Pragmatismus“ ist. Es sei eine Frage sozialer Gerechtigkeit, mehr UMA mit angepassten Standards zu betreuen, anstatt weniger mit einem hohen Standard. Der Referent verwies



www.difu.de/18445



Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de





Dr. Alexandra Bensler

arbeitet seit Januar 2024 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Mobilität am Standort Berlin. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt in der Weiterentwicklung des Themenfelds ÖPNV. Sie studierte Politikwissenschaften am Institut d'études politiques de Paris sowie an der Philipps-Universität Marburg (B.A.) und Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bremen (M.A.), wo sie auch promovierte. Kommunale Verwaltungsprozesse bei der Einführung von Mobilitätsinnovationen standen im Fokus ihrer Arbeit bei der kommunalen Mobilitätsberatung Green City Experience. Wie smarte Technologien zu einem verbesserten ÖPNV beitragen können, untersuchte sie zuletzt am Institut für Verkehrssystemtechnik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt.

Jens Bieker

ist seit Oktober 2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Berlin. Hier übernimmt er innerhalb der „Agentur für kommunalen Klimaschutz“ Beratungstätigkeiten, führt Veranstaltungen durch und unterstützt den Wissenstransfer im Bereich des kommunalen Klimaschutzes. Er studierte Politik, Verwaltung und Organisation (B.A.) und Verwaltungswissenschaften (M.A.) an der Universität Potsdam. Ein Auslandssemester führte ihn nach Estland an die Universität Tartu. Praxiserfahrungen sammelte er seit 2017 in einem Potsdamer Planungsbüro, wo er brandenburgische Kommunen bei unterschiedlichen Themen der Stadtentwicklung und der Städtebauförderung unterstützte.

Petra Hettich

ist seit Oktober 2023 am Difu und unterstützt am Berliner Standort den Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales als Bereichsassistentin. Ihre beruflichen Wurzeln liegen im Berliner Kulturbetrieb, wo sie auf eine langjährige Verwaltungstätigkeit an einer Berliner Bühne zurückblicken kann. 2017 wechselte sie vom Theater in den Festivalbetrieb und war im Organisationsbereich bei den Berliner Festspielen für das Theatertreffen tätig. Bevor Petra Hettich ihre Tätigkeit für das Difu aufnahm, arbeitete sie bei der Kulturraum Berlin gGmbH und war hier für die Assistenz und das Projektmanagement zuständig.

Anna-Kristin Jolk

hat den Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Köln nach über elf Jahren verlassen. Hier startete die Diplom-Geographin 2012 als wissenschaftliche Hilfskraft. Sie hat in zahlreichen Projekten zu unterschiedlichen Aspekten rund um das Thema Klimaanpassung in Kommunen gearbeitet und in den letzten Jahren auch Projekte geleitet. Besonders am Herzen lagen ihr dabei die Beratung von Kommunen zum Thema Klimaanpassung und das Vermitteln von Best-practice-Beispielen. Im Februar wechselte Anna-Kristin Jolk in den Fachbereich Umwelt und Stadtgrün der Landeshauptstadt Hannover, wo sie das Sachgebiet Umweltplanung und Klimawandelanpassung leitet.

Valeska Liedloff

arbeitet seit Oktober 2023 als Wissenschaftlerin im Forschungsteam Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatorik am Difu-Standort Berlin. In ihrer Forschung befasst sie sich mit Fragen der Nachhaltigkeitsindikatorik, der Kreislaufwirtschaft sowie der nachhaltigkeitsorientierten Strukturpolitik. Ihre Masterarbeit widmete sie dem Thema „Kommunale Pfade zur Nachhaltigkeit: Agenda 2030, Donut- oder Gemeinwohl-Ökonomie als Orientierungsrahmen“. Im Fokus ihrer methodischen Arbeit stehen statistische Datenanalysen ebenso wie qualitative Forschungsmethoden. Valeska Liedloff hält einen Masterabschluss (M.A.) im Fach Urbane Geographien der Humboldt-Universität zu Berlin sowie einen Bachelor of Science (B.Sc.) im Bereich Geographische Wissenschaften der Freien Universität Berlin.

Dr. Moritz Ochsmann

ist seit Februar 2024 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Team „Klimaanpassung und Stadtökologie“ im Forschungsbereich Umwelt am Standort Köln tätig. Er arbeitet im „Zentrum KlimaAnpassung“ am Difu in den Bereichen Beratung, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit. Nach seinem Geographie-Studium an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn war er dort zunächst einige Jahre als Dozent für Humangeographie tätig und schloss in der Arbeitsgruppe Stadt- und Regionalforschung eine Promotion über Raumproduktion und die urbane Transformation durch städtebauliche Großprojekte ab. Darüber hinaus sammelte er Erfahrungen in der Kommunalberatung bei der Erarbeitung von zukunftstauglichen Konzepten mit Blick auf Klimawandel und Flächenknappheit.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Dr. Alexandra Bensler, Jens Bieker, Petra Hettich (Fotos: Vera Gutofski), Anna-Kristin Jolk (Foto: Marcus Sielaff), Valeska Liedloff (Foto: Vera Gutofski), Dr. Moritz Ochsmann (Foto: Vera Völker).



Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

„Nachhaltigkeit braucht starke Kommunen!“ – so lautete das Motto der jährlichen Kommunal-konferenz zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie am 4. Juni in Berlin. Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl nahm an der diesjährigen von der Bertelsmann Stiftung ausgerichteten Konferenz teil und sprach in seinem Vortrag über die Weiterentwicklung der Strategie aus kommunaler Perspektive.

➔ www.difu.de/18498

Berliner Großwohnsiedlungen im Fokus

Am 27. Mai beteiligte sich Difu-Wissenschaftler Dr. Thomas Franke im Rahmen einer Anhörung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Abgeordnetenhauses von Berlin als geladener Experte mit einem Impulsbeitrag zum Thema „Großwohnsiedlungen im Fokus: Stärkung von Nachbarschaften“.

➔ www.t1p.de/00gsk

Difu auf der 3. polisMOBILITY

Bei der 3. polisMOBILITY-Konferenz in Köln eröffnete Difu-Wissenschaftlerin Carina Heinz am 23. Mai das Panel zur „Last Mile Logistik“ mit dem Vortrag „Emissionsfreier Wirtschaftsverkehr in allen Lagen: Verkehre vermeiden, bündeln, verlagern“. Zudem stellte sie u.a. ausgewählte Ergebnisse der Projekte „Stadtlagentypische Optimierung des Wirtschaftsverkehrs der Stadt Bremen“ und „Konzept zur Reduzierung des Wirtschaftsverkehrs in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg“ vor.

➔ www.t1p.de/y7kzo

Difu unterstützt Biotonnen-Challenge

Die Challenge der Aktion Biotonne Deutschland hat zum Ziel, dass Bürger*innen „Fehlwürfe“ in Biotonnen messbar reduzieren. Auf der IFAT-Messe wurden Kommunen am 14. Mai in München für ihr Engagement für eine bessere Bioabfallsammlung ausgezeichnet. Im Rahmen des vom BMBF geförderten Projekts reGIOcycle – das von Difu-Wissenschaftler Maic Verbücheln bearbeitet wird – nahmen die Stadt und der Landkreis Augsburg sowie der Landkreis Aichach-Friedberg teil, der den 1. Platz erhielt.

➔ www.t1p.de/5qur

Kommunales Krisenmanagement

Im Rahmen des BMBF-geförderten Projekts PanReflex, das gemeinsam vom Difu und Defus umgesetzt wird, waren die Difu-Wissenschaftler*innen Lawrence Schätzle, Jan Hendrik Trapp und Frida von Zahn am 7./8. Mai auf dem BMBF-Innovationsforum „Zivile Sicherheit“ in Berlin vertreten. Lawrence Schätzle stellte erste Projektergebnisse in einem „Elevator Pitch“ vor.

➔ www.t1p.de/1j3of

Difu bei Mitgliederversammlung des Städtetages NRW

Das Difu war bei der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW am 7. und 8. Mai in Neuss präsent: Das Institut informierte die Delegierten mittels Informationsstand über seine Arbeit für die Kommunen. Neben vielfältigen Foren und Besprechungen wurde die Neusser Erklärung „Wir.Machen.Zukunft.“ verabschiedet.

➔ www.t1p.de/r2kho | www.t1p.de/dzj0r

Diskussion zu Kommunalfinzen in der Krise

Am 7. Mai nahm Difu-Teamleiter Dr. Henrik Scheller an einer Online-Diskussion zur aktuellen Finanzlage der Kommunen der Plattform NeueStadt.org teil. Diskutiert wurde über die Rolle von Bund und Ländern bei der Finanzausstattung, der Etablierung von Nachhaltigkeitszielen in den kommunalen Haushalten sowie Möglichkeiten, einem Investitionsstau entgegenzuwirken.

➔ www.t1p.de/pn38e

Regionalkonferenz Smart Cities

Am 7. Mai führte Difu-Wissenschaftler Jan Abt im Rahmen der Smart-City-Regionalkonferenz in Gelsenkirchen einen Workshop durch und hielt einen Vortrag zu „Kooperationsformen in der Smart City. Mit über 200 Teilnehmenden war dies die größte der bisher 13. Regionalkonferenzen im Rahmen des Modellprojekte-Smart Cities-Programms.

➔ www.t1p.de/8ky33

Difu im Kuratorium des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Das KDZ ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Wien und bietet dem öffentlichen Sektor angewandte Forschung, Beratung und Weiterbildung an. Difu-Wissenschaftler Dr. Christian

Raffer wurde bei der KDZ-Generalversammlung ins Kuratorium gewählt.

➔ www.t1p.de/ssijn

Difu bei der Nationalen Plattform Resilienz

Der Umsetzungsbeirat der Nationalen Plattform zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen traf sich am 24. April im BMI in Berlin zur konstituierenden Sitzung. Difu-Teamleiter Jan Hendrik Trapp nahm als Vertreter des wissenschaftlichen Akteursnetzwerkes teil. Der Beirat hat die Aufgabe, die deutsche Resilienzstrategie zu beobachten und weiterzuentwickeln.

➔ www.t1p.de/7si2r

MPSC-Kongress in Leipzig

Vom 23.-25. April fand die vierte Konferenz der Fördermaßnahme Modellprojekte Smart Cities (MPSC) statt – diesmal in der Kulturfabrik in Leipzig. Die mit knapp 250 Teilnehmenden gut besuchte Veranstaltung fördert den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit der Modellprojekte untereinander und wird durch die Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities (KTS) organisiert. Die Difu-Mitarbeitenden Jan Abt, Lisa Dreier sowie Nora Hunger konzipierten und moderierten drei Workshops.

➔ www.t1p.de/t4yd0

Inklusiongerechte Kommunen

Difu-Wissenschaftlerin Kerstin Landua nahm am 11. und 12. April an der Sitzung des Fachbeirats des Bundesverbands für Erziehungshilfe AFET e.V. teil. Sie informierte dort über die Arbeit des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“. Der Fachbeirat tauschte sich u.a. intensiv zu den Themen Haltekompetenz von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Fachkräfte-recruting sowie Rechtstrend und Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe aus.

➔ www.t1p.de/5b75i


Fotos (v.l.n.r.)

1: Adobe Stock (curto), 2: Adobe Stock (Jarama), 3: Qimby, 4: Adobe Stock (Wavebreak-mediaMicro)



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit


Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Homepage im „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

 www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:

 www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

+49 30 39001-297

wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann

+49 30 39001-254

diekelmann@difu.de

Bestellungen:


+49 30 39001-253

vertrieb@difu.de


 www.difu.de/publikationen

Neue Veröffentlichungen zum Download


Difu-Magazin Berichte 2/2024

 www.difu.de/18501

BISKO Bilanzierungs-Systematik Kommunal

 www.difu.de/18502


Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2021

 www.difu.de/18499


Stadtstruktur, Wohnstandortwahl und Alltagsmobilität

 www.difu.de/18477


#Klimahacks – Freiflächen-Solarthermie für Kommunen

 www.difu.de/18480


#Klimahacks – Klimaschutz-Monitoring für eine treibhausgasneutrale Kommune

 www.difu.de/18475


Räumliche Wirkungen von Smart-City-Maßnahmen

 www.difu.de/18473


KfW-Kommunalpanel 2024

 www.difu.de/18468


Innenstadt (be)leben!

 www.difu.de/18438


OB-Barometer 2024

 www.difu.de/18428


KOMMUNEN INNOVATIV und REGION.innovativ - Kreislaufwirtschaft

 www.difu.de/18420


Neue Ideen und Ansätze für die Regionale Kulturarbeit

 www.difu.de/18418


#Klimahacks – Mach dein Projekt: Mehrweg-Kampagne

 www.difu.de/18411


Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz

 www.difu.de/18406


Urbane Umweltziele: Handlungsfelder, Zielgrößen und Maßnahmenvorschläge für einen umfassenden urbanen Umweltschutz

 www.difu.de/18400

Aktuelle Herausforderungen und Sozialraum-orientiertes Arbeiten im Jugendamt – Befragung aller Jugendämter, Juli 2023

 www.difu.de/18385

Bund/Länder-Dialog Fläche – ein Zwischenfazit

 www.difu.de/18314

Smart Cities befähigen (#vernetzteinEuropa)

 www.difu.de/18377

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos



Wassersensible Stadtentwicklung

  www.difu.de/18479



Inklusive Frühförderung – Wirksamkeit im Fokus!

  www.difu.de/18483

Wirkungsmessung in der Nachhaltigkeitspolitik

  www.difu.de/18444

Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt

  www.difu.de/18425

Klimawandel unter ökonomischen Aspekten

  www.difu.de/18432

Unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)

  www.difu.de/18414

„Das heilige Blechle“

  www.difu.de/18413

Der Weg zur Haltestelle

  www.difu.de/18374

Mein Freund, der Stadtbaum und seine Konflikte

  www.difu.de/18412

Nachrichten aus dem Difu-Extranet

  www.difu.de/extranet/nachrichten



Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Kulturpolitische Mitteilungen, 1/2024 Die Innenstadt von morgen ist nicht die City von heute

Über die Innenstädte sind immer wieder »Krisenberichte« zu lesen: Innenstadt retten. Innenstadt beleben. Innenstadt neu erfinden. Ein Beitrag von Ricarda Pätzold vom Difu.

➔ www.t1p.de/vuvy7

WDR Quarks Daily, 10.6.2024

Parken in der Stadt

Autos stehen überall herum: Auf Bürgersteigen, auf Radwegen, in zweiter Reihe auf der Straße. Dabei gibt es bessere Parkkonzepte. Wie kann das Parken in der Stadt besser gelingen?

➔ www.t1p.de/dd381

WELT, 10.6.2024

So sieht das Parken von morgen aus

Autos nehmen viel Platz weg. Laut aktuellem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts können sich Anwohnende gegen schlecht geparkte Autos wehren. Doch wohin mit den Autos?

➔ www.t1p.de/zgzw2

Bundesbaublatt, 29.5.2024

Difu: Finanzen der Kommunen schlechter

Das im Auftrag der KfW vom Difu durchgeführte KfW-Kommunalpanel 2024 verdeutlicht die besorgniserregende Entwicklung.

➔ www.t1p.de/4vgsu

NDR, 29.5.2024

Mobilität der Zukunft

Künstliche Intelligenz, eine bessere Vernetzung und neue Verkehrsmittel werden die Mobilität der Zukunft verändern. Ein Blick in die Zukunft mit Dr. Lisa Ruhrort vom Difu.

➔ www.t1p.de/s3hy2

#stadtvonmorgen, 16.5.2024

Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe

Difu-Direktor Carsten Kühl plädiert für Grundgesetzänderung, um kommunalen Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe zu finanzieren.

➔ www.t1p.de/1accr

ZEIT ONLINE, 23.4.2024

Schwächelnder Einzelhandel: Können sich die Innenstädte neu erfinden?

Die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte sinkt in Deutschland seit Jahren, dennoch sind viele Innenstädte vor allem auf Shopping ausgelegt.

➔ www.t1p.de/dpxaf

BR24, 22.4.2024

EU-Klimabericht: Klimaanpassung

2023 war heißer als je seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und auch die Wetterextreme insgesamt nehmen zu. Im Thema des Tages geht es um Klimaanpassungsmaßnahmen in Bayern. Interview mit Difu-Wissenschaftlerin Andrea Fischer-Hotzel.

➔ www.t1p.de/4lax0

rbb Inforadio, 21.4.2024

Zukunft der Einkaufszentren

Viele Berliner Einkaufszentren sind in die Jahre gekommen oder stehen leer. Was kann man anfangen mit den Immobilien, die von außen meist riesigen undurchdringbaren Klötzen ähneln?

➔ www.t1p.de/0q2xm

tagesschau24 – KlimaZeit, 19.4.2024

Verkehrswende: Radfahren

ARD-Klimazeit zum Thema Verkehrswende und warum es besonders bei der Radinfrastruktur hakt. U.a. mit Anne Klein-Hitpaß vom Difu.

➔ www.t1p.de/tqvrX

Kommunal, 19.4.2024

Künstliche Intelligenz in der Verwaltung

Vereinzelt setzen Kommunen bereits KI ein. Doch nicht jedes KI-Projekt ist auch für kleine Gemeinden geeignet und der Einsatz in der Verwaltung muss gut vorbereitet sein.

➔ www.t1p.de/bo5vr

Deutschlandfunk Nova, 13.4.2024

E-Roller: Wie sinnvoll der Identitätsnachweis ist

Gelsenkirchen ist die erste deutsche Stadt, die E-Scooter verbietet, denn den Identitätsnachweis für Nutzer*innen lehnten die Verleiher ab. Kommentar u.a. mit Uta Bauer vom Difu.

➔ www.t1p.de/wzxs0

rbb – Wir wollen reden, 13.4.2024

Zuzug in den Speckgürtel

Viele Gemeinden um Berlin wachsen zu stark und schnell für die Bürger*innen. Auch die

Infrastruktur hinkt dem Wachstum hinterher. Talkrunde u.a. mit Stefan Schneider vom Difu.

➔ www.t1p.de/48y35

dpa-Kruschel (Kindernachrichten), 10.4.2024

Wichtig für die Innenstadt

Kaufhäuser wurden mal als prächtige Gebäude gebaut und jede größere Stadt hatte eins. Heute sind sie nicht mehr so beliebt wie früher. Das stellt die Innenstädte vor große Herausforderungen.

➔ www.t1p.de/160qm

WohnArt – Haus & Grundeigentum, 04/2024, S.8f

Starkregen- und Hochwasservorsorge

Worauf müssen sich Hauseigentümer bei den immer häufiger auftretenden Extremwetterereignissen einstellen und wie können sie ihr Eigentum am besten schützen? Interview mit Difu-Wissenschaftler Jens Hasse.

➔ www.t1p.de/yyhd3

mdr, 4.4.2024

Segregation: Vorurteil Platte – Was Jena-Lobeda für mehr Attraktivität tut

Immer noch leben in Jena Menschen mit unterschiedlichen Einkommen stark voneinander getrennt. In die Plattenbauten von Lobeda zieht es vor allem weniger Wohlhabende. Was kann der Ortsteil für mehr Durchmischung tun? Und wie nehmen ihn seine Bewohner wahr?

➔ www.t1p.de/xnx20

Angepasst?! – Podcast des Zentrum KlimaAnpassung, 22.3.2024

Wasser als Schlüsselement im urbanen Raum

Dürren, Hitzewellen, extremes Niedrigwasser, sinkende Grundwasserspiegel, Hochwasser, Starkregen: Jan Hendrik Trapp vom Difu über das Zusammenspiel von Wasser und Klimaanpassung.

➔ www.t1p.de/ku5p6

taz, 31.3.2024

Jungpolitiker*innen: Was können wir uns noch leisten?

Renten, Schuldenbremse, Klima – wie gerecht geht es zwischen den Generationen zu? Jungpolitiker*innen von SPD, CDU und Grünen im Streitgespräch.

➔ www.t1p.de/sgfrh

